



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

Aus Liebe zum Menschen.

ACCORD

Austrian Centre for Country of Origin
& Asylum Research and Documentation

Russische Föderation: Wehrdienst und Dedowschtschina

31. Oktober 2019



Bundesministerium
Inneres



ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

Russische Föderation:
Wehrdienst und Dedowschtschina
31. Oktober 2019

Das vorliegende Dokument beruht auf einer zeitlich begrenzten Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die ACCORD derzeit zur Verfügung stehen sowie gegebenenfalls auf Expertenauskünften, und wurde in Übereinstimmung mit den Standards von ACCORD und den *Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)* erstellt.

Dieser Bericht stellt keine Meinung zum Inhalt eines Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar. Alle Übersetzungen stellen Arbeitsübersetzungen dar, für die keine Gewähr übernommen werden kann.

Wir empfehlen, die verwendeten Materialien im Original durchzusehen. Originaldokumente, die nicht kostenfrei oder online abrufbar sind, können bei ACCORD eingesehen oder angefordert werden.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Dieses Dokument ist in elektronischer Form auf www.ecoi.net verfügbar.

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD
Wiedner Hauptstraße 32
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582
E-Mail: accord@roteskreuz.at
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>

INHALTSVERZEICHNIS

1	Kurze allgemeine Informationen zum Wehrdienst in der Russischen Föderation	3
2	Dagestan: Einberufung von Wehrpflichtigen.....	4
2.1.1	Einberufungen 2016-2018.....	4
2.1.2	Anzahl der wehrpflichtigen Männer 2016-2018	4
3	Einberufung von Tschetschenen, die außerhalb des Nordkaukasus leben.....	6
4	Einberufung zum Wehrdienst bzw. strafrechtliche Konsequenzen für junge Männer, die als Kinder die Russische Föderation verlassen und im Ausland das wehrpflichtige Alter erreicht haben, im Falle einer Rückkehr	8
5	Russische Föderation: Anzahl der wehrpflichtigen Männer 2016-2018, Anzahl aller Einberufungen 2016-2018, Anzahl der Wehrdienst ableistenden Personen	10
6	Informationen zu Dedowschtschina	13
6.1	Definition und Begriffsklärung: Formen von Misshandlungen/Schikanen.....	13
6.2	Anzahl der Fälle von Dedowschtschina 2016-2018, Anzahl der Todesfälle.....	15
6.3	Einfluss von bestimmten persönlichen Merkmalen auf die Gefahr, der Dedowschtschina ausgesetzt zu werden.....	25
6.4	Staatliche Gegenmaßnahmen.....	26
	Quellenverzeichnis	32

1 Kurze allgemeine Informationen zum Wehrdienst in der Russischen Föderation

Laut einer Grafik der russischen staatlichen Nachrichtenagentur TASS, die im April 2018 veröffentlicht wurde, würden zwei Mal pro Jahr Wehrpflichtige zur russischen Armee einberufen. Die beiden Einberufungskampagnen würden vom 1. April bis zum 15. Juli und vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember jedes Jahres stattfinden. Einberufen würden Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren, die die russische Staatsbürgerschaft hätten. Der Wehrdienst dauere zwölf Monate. Der allmähliche Rückgang der Anzahl der Einberufungen (Frühling 2016: 155.000, Herbst 2016: 152.000; Frühling 2017: 142.000, Herbst 2017: 134.000; Frühling 2018: 128.000)¹ hänge mit dem Anstieg der Anzahl der Berufssoldaten in der russischen Armee zusammen. Der Wehrdienst könne durch einen alternativen zivilen Dienst, der 18 bis 21 Monate dauere, ersetzt werden:



(TASS, 2. April 2018)

Der Wehrdienst wird durch das Föderale Gesetz Nr. 53-FS „Über die Wehrpflicht und den Wehrdienst“ vom 28. März 1998 (mit Änderungen bis einschließlich 29. Mai 2019) geregelt. Das Gesetz finden Sie unter folgendem Link auf Russisch:

- Consultant.ru: **Федеральный закон от 28.03.1998 N 53-ФЗ "О воинской обязанности и военной службе"** [Föderales Gesetz „Über die Wehrpflicht und den Wehrdienst“], 28. März 1998 (mit Änderungen und Ergänzungen, die bis einschließlich 1. September 2019 in Kraft getreten sind)

<http://www.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?from=334537->

[O&rnd=FE90924AC42F621BBC03EF69D3B95002&req=doc&base=LAW&n=323995&REFDOC=334537&REFBASE=LAW#ceyka0zr40](http://www.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?req=doc&base=LAW&n=323995&REFDOC=334537&REFBASE=LAW#ceyka0zr40)

¹ Die Anzahl der Einzuberufenden wird jeweils durch einen Erlass des Präsidenten festgelegt (Bürger und Armee, 2019b, S. 4).

2 Dagestan: Einberufung von Wehrpflichtigen

Die Jamestown Foundation, eine Informationsplattform mit Sitz in Washington, D.C., deren Ziel es ist, über Ereignisse und Entwicklungen in Gesellschaften zu informieren und aufzuklären, die für die USA von strategischer oder taktischer Bedeutung sind, schreibt in einem Artikel vom April 2018, dass Moskau die Einberufungen in den Regionen des Nordkaukasus wieder einschränke. Dort seien die Jahrgänge der Männer im wehrpflichtigen Alter im Verhältnis größer als im Rest des Landes und viele junge Männer würden gerne ihren Wehrdienst ableisten, weil dies eine Voraussetzung für eine Anstellung bei der lokalen Polizei oder anderen Strukturen mit polizeilichen oder militärischen Befugnissen sei („force structures“). Es gebe viele Berichte über die Einschränkungen bei den Einberufungen in Dagestan, die erstmals während des Ersten Tschetschenienkriegs Mitte der 1990er Jahre umgesetzt worden seien, drei oder vier Jahre vor Veröffentlichung des Artikels aber wieder aufgehoben worden seien. Dennoch dürfte der Ausschluss dagestanischer Muslime aus der Armee inoffiziell weiterbestehen und werde vermutlich auch in anderen Regionen des Nordkaukasus umgesetzt und eventuell sogar breiter angewandt. Viele Beamte und Regierungsmitarbeiter wollten nicht, dass die Anzahl der Muslime in den Reihen der Armee den wahren Anteil des Jahrgangs im wehrpflichtigen Alter widerspiegle. Dieser Anteil sei viel höher als der Anteil der Muslime der russischen Bevölkerung insgesamt (15 bis 18 Prozent), weil die muslimischen Nationalitäten immer noch schneller wachsen würden als die nichtmuslimischen und insbesondere schneller als die slawischen. Die Behörden würden befürchten, dass es zu ethnischen Konflikten in der Armee und zu einer Verschlechterung des Zusammenhalts in den Einheiten und bei deren Bereitschaft kommen könne. (Jamestown Foundation, 10. April 2018)

2.1.1 Einberufungen 2016-2018

Es konnten keine offiziellen Quellen bezüglich der Einberufungen aus Dagestan gefunden werden. Die folgenden Zahlen zu vorgesehenen Einberufungen in Dagestan stammen aus unterschiedlichen Medienquellen:

	Frühling	Herbst
2016	1.790 (Swobodnaja Respublika, 5. April 2016)	1.530 (Regnum.ru, 6. Oktober 2016), 1.680 (Dagestanskaja Prawda, 4. Oktober 2017)
2017	1.900 (Dagestanskaja Prawda, 4. April 2018), 1950 (Regnum.ru, 3. April 2018)	770 (Regnum.ru, 3. April 2018; Dagestanskaja Prawda, 4. Oktober 2017)
2018	1.350 (Dagestanskaja Prawda, 4. April 2018), 1.390 (Machatschkalinskije Iswestija, 5. Oktober 2018)	1.000 (Machatschkalinskije Iswestija, 5. Oktober 2018)

2.1.2 Anzahl der wehrpflichtigen Männer 2016-2018

Die in Dagestan ansässige nichtstaatliche Zeitung Swobodnaja Respublika erwähnt in einem Artikel vom April 2016, dass laut Angaben des Militärkommissars von Dagestan, Dajtbek Mustafajew, mehr als 50.000 Personen in Dagestan der Wehrpflicht unterliegen würden. Aus dieser Gesamtheit sei für Frühling 2016 ein Kontingent von 1.790 Rekruten auszuwählen. (Swobodnaja Respublika, 5. April 2016)

Die nichtstaatliche russische Nachrichtenagentur und Onlinezeitung Regnum.ru meldete im Oktober 2016 ebenfalls, dass laut dem Militärkommissariat Dagestan mehr als 50.000 Personen in Dagestan der Wehrpflicht unterliegen würden. Die Ergebnisse der letzten Einberufung von 1.790 Personen hätten ergeben, dass nur einer von 28 jungen Männern im wehrpflichtigen Alter in Dagestan zur Armee gekommen sei. Bis 2009 hätten jedes Jahr 15.000 bis 20.000 Dagestaner ihren Wehrdienst abgeleistet. 2012 sei die Anzahl der Dagestaner auf 2.000 im Jahr gekürzt worden. Außerdem sei die Liste der Truppenarten, zu denen Dagestaner geschickt werden könnten, eingeschränkt worden. Laut der Vorsitzenden des Komitees der Soldatenmütter von Dagestan hänge die Verringerung der Anzahl der Einberufenen mit den gehäuften Vorfällen zusammen, bei denen Dagestaner sich geweigert hätten, ihrer Wehrpflicht nachzukommen und die Disziplin verletzt hätten, wofür das Fehlen einer patriotischen Erziehung verantwortlich sei. (Regnum.ru, 6. Oktober 2016)

Die staatliche dagestanische Zeitung Dagestanskaja Prawda berichtet im April 2018, dass der Rückgang der Einberufungen in Dagestan mit den allgemeinen Vorgängen im Rahmen des Umbaus der russischen Armee in eine Berufsarmee in Zusammenhang stehe. Es gebe eine große Anzahl von Personen in Dagestan, die ihre Wehrpflicht ableisten wolle, aber es gebe auch mehr als 3.000 Wehrdienstverweigerer. (Dagestanskaja Prawda, 4. April 2018)

Regnum.ru meldete in einem Artikel vom April 2018, dass etwa 60.000 Personen in Dagestan der Wehrpflicht unterliegen würden. Eine Quelle, die dem Militärkommissariat des Gebiets Rostow nahestehe, habe der Zeitung RostovGazeta gegenüber angegeben, dass es eine inoffizielle Anweisung gebe, keine Dagestaner in die Armee aufzunehmen. Diese wollten aber gerne zur Armee, würden bitten, aufgenommen zu werden, und rechtlich gesehen könne man ihnen dies nicht verweigern. Sie würden einfach nicht in die Militärkommissariate einbestellt, bekämen keinen Einberufungsbefehl zugeschickt. Wenn sie dennoch von alleine kämen, würden sie weggeschickt. Den Aussagen eines Experten zufolge seien die Einschränkungen in Inguschetien, Dagestan, Tschetschenien und anderen Republiken angeblich deshalb eingeführt worden, weil dort kleine Völker leben würden und es erforderlich sei, kleine Ethnien zu bewahren. Dem Experten zufolge sei es aber schwierig, das nachzuvollziehen. In Dagestan könne man wenigstens noch davon sprechen, dass es eine große Anzahl an Ethnien gebe, was eine solche Erklärung rechtfertige. Aber in Tschetschenien gebe es unter den Personen, die einberufen werden könnten (ungefähr 86.000) fast nur Tschetschenen. In Inguschetien seien im Herbst 2017 nur zwei Prozent von 12.000 einberufen worden. Die Ansicht, dass die Einberufung zu Korruption in den Republiken des Föderationskreises Nordkaukasus führe, sei richtig, da es Personen, die ihren Wehrdienst nicht abgeleistet hätten, verboten sei, in ganz Russland eine Stelle in einer staatlichen oder kommunalen Stelle anzutreten. Der Wunsch, eine derartige Arbeitsstelle zu finden, sei bei Einwohnern des Kaukasus aber groß. So würden sie mit Wahrheiten und Unwahrheiten wie auch mit hohen Bestechungsgeldern versuchen, in die Armee zu gelangen. (Regnum.ru, 3. April 2018)

Caucasian Knot, ein Online-Medienportal mit Schwerpunkt auf Menschenrechten, das über die Kaukasusregion informiert und 2001 von der Menschenrechtsorganisation Memorial gegründet wurde, erwähnt in einem Artikel vom Oktober 2017, dass laut dem Militärkommissar

von Dagestan mehr als 60.000 Menschen in Dagestan wehrpflichtig seien und viele ihren Wehrdienst ableisten wollten. (Caucasian Knot, 4. Oktober 2017)

Machatschkalinskije Iswestija, eine von der Verwaltung der Stadt Machatschkala gegründete Wochenzeitung, erwähnte in einem Artikel vom Oktober 2018, dass mehr als 70.000 Personen in Dagestan wehrpflichtig seien. (Machatschkalinskije Iswestija, 5. Oktober 2018)

3 Einberufung von Tschetschenen, die außerhalb des Nordkaukasus leben

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO), eine Agentur der Europäischen Union zur Förderung der praktischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Asylbereich, veröffentlicht im August 2018 einen Bericht zur Situation der Tschetschenen in Russland. Darin finden sich folgende allgemeinen Informationen zu militärdiensttaugliche Tschetschenen:

„Nach der Gründung der de-facto unabhängigen Republik Itschkerien im Jahr 1991 hörten die Tschetschenen auf, in der russischen Armee zu dienen. Nach den beiden Tschetschenienkriegen in den Jahren 1994–1996 und 1999–2000, die zu tiefen ethnischen Spaltungen zwischen Russen und Tschetschenen führten, wurde der pro-Moskauer Achmat Kadyrow zum Präsidenten Tschetscheniens ernannt. Unter Achmat Kadyrow und dessen Sohn Ramsan Kadyrow dienten die Tschetschenen nur in Sondereinheiten auf tschetschenischem Territorium und waren oft nicht in der russischen Armee vertreten, sondern standen unter Kadyrows Kommando. Im Jahr 2014 wurde jedoch wieder die Einziehung zum Heer in Tschetschenien eingeführt.

Nur ein kleiner Bruchteil der Wehrpflichtigen in Tschetschenien, eine Quote von 500 Personen, wurde 2014 eingezogen. Es kam zu einer Reihe von gewalttätigen Vorfällen in russischen Militäreinheiten, an denen Tschetschenen beteiligt waren, und es kam zu mehreren Kämpfen zwischen tschetschenischen Wehrpflichtigen und anderen, die eingezogen worden waren. Nach einem Vorfall im Februar 2015, bei dem vier Tschetschenen wegen Körperverletzung angeklagt wurden, erklärte ein Menschenrechtsaktivist, der die militärische Einheit besuchte, in der sich der Vorfall ereignet hatte, dass es ethnische Diskriminierungen und Vorurteile gegenüber den Tschetschenen gab. Ein anderer Soldat aus Tschetschenien verschwand im April 2016 unter mysteriösen Umständen. Die Angehörigen des Soldaten waren der Meinung, dass die militärische Führung der Einheit das Verschwinden nicht ordnungsgemäß untersucht hatte.

Im Jahr 2015 wies die Jamestown Foundation darauf hin, dass Tschetschenien unter der Herrschaft von Ramsan Kadyrow nicht nur einen Islamisierungsprozess durchlaufen hat, sondern dass Russland auch religiöser geworden ist als es früher war und Symbole, die sowohl die russisch-orthodoxe Kirche als auch die russische Ethnie betonen, in der russischen Armee alltäglicher geworden sind, was die Wiederaufnahme der Einziehung zum russischen Militär zu einer ‚äußerst problematischen und konfliktanfälligen‘ Angelegenheit macht.

Zurzeit dienen Tschetschenen nur in Einheiten des südlichen Militärbezirks des Verteidigungsministeriums und in der Nationalgarde (Einheiten der Nationalgarde, die sich auf dem Territorium Tschetscheniens befinden). Das Ausmaß der Einziehungen hat sich seit 2014 mit 500 Rekruten nicht geändert, obwohl im Oktober 2017 während der Herbst-Einziehungskampagne 80 000 Tschetschenen in einem Alter waren, in dem sie eingezogen werden konnten. Es wurde vermutet, dass disziplinäre Probleme zu den Gründen zählten, warum das Verteidigungsministerium die Quoten für die kaukasischen Republiken kürzte. Experten meinen jedoch, der Hauptgrund für die Verringerung der Anzahl der Wehrpflichtquoten sei der Übergang der Armee zu einem Modell auf Vertragsbasis gewesen. Die Anzahl der vertraglichen Mitarbeiter ist wesentlich größer als die Anzahl der Wehrpflichtigen.

Viele junge Tschetschenen betrachten den Militärdienst als eine Chance abseits von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, während andere moralische Gründe dafür haben, sich nicht dem Militärdienst zu unterziehen, wie etwa den, dass sie im Zuge der Militärkampagnen in der Republik Angehörige und Bekannte durch Soldaten der Bundeswehrkräfte verloren hatten. Nach Angaben eines Vertreters eines militärischen Einberufungsbüros kommen auf eine freie Dienststelle 50 tschetschenische Bewerber. Daher versuchen es Tschetschenen, die einen Militärdienst leisten möchten, manchmal mit einer temporären Wohnsitzanmeldung in einer anderen russischen Region (wo die Quote hoch genug ist), und lassen sich dort in ein Militärregister eintragen.

Das Einberufungsverfahren gestaltet sich wie folgt: Wenn eine wehrdienststaugliche Person übersiedelt und eine temporäre Anmeldung erhält, muss sie ihre militärische Registrierung beim militärischen Einberufungsbüro ihres früheren Wohnsitzes zurückziehen. Sobald sie die temporäre Wohnsitzanmeldung erhalten hat, muss sich die Person beim Militärregister am neuen Wohnort eintragen lassen. Das muss innerhalb von 2 Wochen erfolgen. Das Einberufungsverfahren muss eingehalten werden, auch wenn die Wohnsitzanmeldung temporär ist.

Zur konkreten Situation der Tschetschenen in russischen Militäreinheiten wurden keine Informationen von 2017 oder später ermittelt.“ (EASO, August 2018, S. 40-41)

Regnum.ru meldete in einem Artikel vom April 2018, dass die Tatsache, dass es in Dagestan schwierig sei, zum Wehrdienst einberufen zu werden, auch für illegale Vorgehensweisen genutzt werde. Um sich vor der Armee zu drücken, benötige man nur eine Registrierung in Dagestan. Einwohner anderer russischer Föderationssubjekte, insbesondere Männer aus dem Gebiet Rostow, würden sich in Dagestan registrieren und nicht Gefahr laufen, zum Wehrdienst einberufen zu werden. Wenn die Männer darüber hinaus noch dagestanische Wurzeln hätten, dann sei das alles nicht kompliziert. Andererseits sei einigen Dagestanern vorgeworfen worden, sich vorübergehend im Gebiet Rostow registriert zu haben, um die Möglichkeit zu erhalten, zur Armee einberufen werden zu können. (Regnum.ru, 3. April 2018)

Swetlana Gannuschkina von den russischen Menschenrechtsorganisationen Memorial und Komitee Bürgerbeteiligung schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 25. September 2019 zu dieser Frage, dass es durchaus wahrscheinlich sei, dass ein wehrpflichtiger Tschetschene, der

außerhalb des Nordkaukasus lebe, zum Wehrdienst einberufen werde, da nirgendwo in den Ausweisdokumenten die ethnische Zugehörigkeit vermerkt sei. (Gannuschkina, 25. September 2019)

Sergej Kusin, ein in Moskau ansässiger Anwalt, schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 10. Oktober 2019, dass Tschetschenen, die außerhalb des Nordkaukasus leben würden, zur Armee einberufen würden. (Kusin, 10. Oktober 2019)

Sergej Kriwenko, Direktor von Bürger und Armee, schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 7. Oktober 2019, dass in Tschetschenien lange gar keine Wehrpflichtigen einberufen worden seien. Erst in den letzten Jahren sei damit wieder begonnen worden, allerdings werde nur eine kleine Anzahl (mehrere Hundert) einberufen. Wenn ein Tschetschene in einer anderen Region lebe, könne er durchaus in der Region, in der er lebe, zum Wehrdienst einberufen werden. (Kriwenko, 7. Oktober 2019)

Die Organisation Soldatenmütter Sankt Petersburg schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 1. Oktober 2019, dass in der Russischen Föderation alle zum Wehrdienst einberufen würden. Es gebe sogar Fälle, in denen Einwohner des Nordkaukasus eigens ihre Heimatregionen verlassen und sich in den zentralen Regionen Russlands registrieren würden, damit sie zum Wehrdienst einberufen würden. Das hänge damit zusammen, dass der Einberufungsplan bezüglich der nordkaukasischen Föderationssubjekte verhältnismäßig klein sei. (Soldatenmütter Sankt Petersburg, 1. Oktober 2019)

4 Einberufung zum Wehrdienst bzw. strafrechtliche Konsequenzen für junge Männer, die als Kinder die Russische Föderation verlassen und im Ausland das wehrpflichtige Alter erreicht haben, im Falle einer Rückkehr

Auf der Seite des Zentrums für die Erforschung und den Schutz der Grundrechte der russischen Mitbürger in Schweden, einer Einrichtung, die russischen StaatsbürgerInnen in Schweden kostenlose juristische Beratung anbietet, findet sich eine Auskunft eines Moskauer Anwalts, Sergej Kusin, vom Oktober 2018 zum Thema Einberufung eines dauerhaft im Ausland lebenden Mannes mit russischer Staatsbürgerschaft, wenn er für kurze Zeit nach Russland reist. Laut dem Anwalt müssten sich Personen, die dauerhaft im Ausland wohnen würden, nicht in die Wehrkartei aufnehmen lassen, weshalb sie auch der Wehrpflicht nicht unterliegen würden. Allerdings hätten einige, die dauerhaft im Ausland leben würden, noch eine russische Registrierung am russischen Wohnort, und diese seien verpflichtet, sich an ihrem Wohnort in die Wehrkartei aufnehmen zu lassen. Zudem müssten sich Personen in die Wehrkartei aufnehmen lassen, wenn sie länger als drei Monate an einem Ort seien. Daraus folge, so der Jurist, dass Personen, die nicht in die Wehrkartei aufgenommen seien und dauerhaft im Ausland leben würden, nicht dem Risiko einer Einberufung ausgesetzt seien, wenn sie nicht am Wohnort in Russland registriert seien und nicht länger als drei Monate im Land seien. (Kusin, 29. Oktober 2018)

Sergej Kriwenko, Direktor von Bürger und Armee, schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 7. Oktober 2019, dass ein Einwohner Russlands, der nach Russland zurückkehre und dort dann einen ständigen Wohnsitz habe, der Einberufung zum Wehrdienst unterliege, wenn er zwischen 18 und 27 Jahren alt sei. Eine Person würde nur dann wegen Umgehung des Wehrdienstes strafrechtlich zur Verantwortung gezogen, wenn sie alle Maßnahmen zur Einberufung im Militärkommissariat durchlaufen habe, die Musterungskommission die Entscheidung getroffen habe, die Person zum Wehrdienst einzuziehen, die Person gegen diese Entscheidung nicht Berufung eingelegt habe und nicht bei der Einberufung erscheine. Laut Justizstatistiken würden in Russland pro Jahr 600 bis 700 Strafverfahren wegen Umgehung des Wehrdienstes eingeleitet (bei etwa 300.000 Einberufungen pro Jahr zur Armee). In den letzten Jahren seien vorwiegende Geldstrafen zwischen 20.000 und 100.000 Rubel verhängt worden (ca. 300 bis 1.500 Euro). (Kriwenko, 7. Oktober 2019)

In einer E-Mail-Auskunft vom 7. Oktober 2019 schreibt Sergej Kusin, dass gemäß Artikel 8, Punkt 1 des Föderalen Gesetzes Nr. 53-FS vom 28. März 1998 „Über die Wehrpflicht und den Wehrdienst“ russische Staatsbürger, die dauerhaft außerhalb des Gebiets der Russischen Föderation leben würden, nicht verpflichtet seien, sich in die Wehrkartei aufnehmen zu lassen. Folglich würden diese Staatsbürger der Einberufung zur Armee nicht unterliegen. Daher würden diese Staatsbürger, wenn sie in die Russische Föderation zurückkehren würden, nicht nach Artikel 328 des russischen Strafgesetzbuches („Entziehung der Absolvierung des Militärdienstes oder alternativen zivilen Dienstes“) bestraft. Was die Frage angehe, ob junge Männer, die in die Russische Föderation zurückgekehrt seien, der Wehrpflicht unterliegen würden, so besage Artikel 10, Punkt 1 des Gesetzes „Über die Wehrpflicht und den Wehrdienst“, dass Staatsbürger, die in die Russische Föderation einreisen würden, sich innerhalb von zwei Wochen beim Militärkommissariat für die Eintragung in die Wehrkartei erscheinen müssten. Er, Sergej Kusin, weise jedoch darauf hin, dass diese Verpflichtung nur für die Staatsbürger bestehe, die nicht mehr dauerhaft außerhalb des Gebiets der Russischen Föderation leben würden. Gemäß Artikel 22, Punkt 1, Unterpunkt „a“ würden junge Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren, die in der Wehrkartei seien oder die nicht in der Wehrkartei seien, aber verpflichtet seien, in der Wehrkartei zu stehen und die nicht in der Reserve seien, der Wehrpflicht unterliegen. Wenn es in dem vorliegenden Fall um Männer in einem Alter zwischen 18 und 27 Jahren gehe, dann würden diese zum Wehrdienst einberufen. (Kusin, 7. Oktober 2019)

Die Organisation Soldatenmütter Sankt Petersburg schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 1. Oktober 2019, dass der junge Mann im vorliegenden Fall, wenn er russischer Staatsbürger sei (darunter auch Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft) und ins Gebiet der Russischen Föderation umgezogen sei, der Wehrpflicht unterliege. Staatsbürger, die nicht auf dem Gebiet der Russischen Föderation seien, würden nicht der Wehrpflicht unterliegen. Eine strafrechtliche Verfolgung sei bei Umgehung des Wehrdienstes oder des alternativen zivilen Dienstes möglich, wenn sich die Person im Land aufhalte. Staatsbürger, die außerhalb des Gebiets der Russischen Föderation leben würden, würden bis zum Augenblick ihrer Rückkehr in die Russische Föderation aus der Wehrkartei genommen. (Soldatenmütter Sankt Petersburg, 1. Oktober 2019)

5 Russische Föderation: Anzahl der wehrpflichtigen Männer 2016-2018, Anzahl aller Einberufungen 2016-2018, Anzahl der Wehrdienst ableistenden Personen

Laut einer undatierten interaktiven Grafik des russischen Föderalen Dienstes für staatliche Statistik lebten in den Jahren 2016 bis 2018 die folgende Anzahl von Männern im wehrpflichtigen Alter (18 bis 27 Jahre) in der Russischen Föderation:

	2016	2017	2018
18	664.992	687.244	670.205
19	711.678	666.960	699.127
20	754.492	712.734	670.758
21	793.474	756.724	717.425
22	803.576	795.427	760.120
23	924.405	804.389	799.580
24	1.031.695	924.099	811.104
25	1.194.600	1.048.494	931.616
26	1.209.236	1.195.388	1.038.978
27	1.259.690	1.210.190	1.200.123

(Föderaler Dienst für staatliche Statistik, ohne Datum)

Open Media, eine staatsunabhängige, russischsprachige Medienplattform, die in Estland registriert ist und von Michail Chodorkowskij finanziert wird, veröffentlicht im Mai 2019 einen Artikel des Militärexperten Alexander Golz. Laut diesem würden immer neue Initiativen der Regierung bekannt, die die Regeln der Einberufung verschärfen würden. Daraus folge offensichtlich, dass die militärische Führung vorhabe, jeden einzuberufen, den man nur einberufen könne. Golz merkt darüber hinaus an, dass laut Angaben von Medien 30 Prozent des Kontingents der Einzuberufenden ein Aufschub aufgrund ihres Gesundheitszustands gewährt werde. Das Vorhaben der Regierung, jeden, den man einberufen könne, einzuberufen, widerspreche den zahlreichen Ankündigungen der Machthaber, dass man eine Berufsmarine aufbauen wolle. Außerdem berichte die militärische Führung in regelmäßigen Abständen darüber, dass die Anzahl der Einberufenen zurückgehe, da die Positionen der Wehrpflichtigen von Berufssoldaten übernommen würden. Gleichzeitig teile das Verteidigungsministerium regelmäßig mit, dass es in den Militärkommissariaten regelrechte Schlagen gebe, weil viele davon träumen würden, ihren Wehrdienst ableisten zu können oder Berufssoldat zu werden. Die neuen Initiativen des Verteidigungsministeriums würden darauf hindeuten, wie weit sich die offiziellen Berichte von der tatsächlichen Lage unterscheiden würden. Im Verteidigungsministerium werde behauptet, dass die Wehrpflichtigen wie geplant von

Berufssoldaten verdrängt würden. Aber selbst die offiziellen Zahlen würden das nicht bestätigen. Im Verlauf mehrerer Jahre sei tatsächlich die Anzahl der Wehrpflichtigen in der russischen Armee beständig zurückgegangen. 2018 sei sogar ein Negativrekord aufgestellt worden, denn es seien nur 260.000 Wehrpflichtige einberufen worden. Gleichzeitig sei die Anzahl der Berufssoldaten seit 2016 offiziell nicht angestiegen und stagniere bei 385.000.

Dem Generalstab würden in Wahrheit zwei Faktoren zu schaffen machen. Erstens falle Russland jetzt und in den kommenden Jahren in ein demografisches Loch. Bis 2030 werde die Anzahl der jungen Männer, die das Alter von 18 erreichen würden, die Marke von 650.000 nicht überschreiten. Mehr als die Hälfte von ihnen würden ein Studium beginnen und bei weitem nicht alle würden nach dem Studium zur Armee gehen. Die Demografie sei auch der Grund, warum die Anzahl der Berufssoldaten nicht wachse, denn sie würden aus denen rekrutiert, die ihren Wehrdienst abgeleistet hätten. Außerdem sei offensichtlich, dass massenhaft Berufssoldaten die Armee wieder verlassen würden. Da es offiziell keine Probleme gebe, könne man nur raten, was die aktuellen Probleme der Berufssoldaten seien. (Open Media, 31. Mai 2019)

Die private russische Tageszeitung Iswestija zitiert in einem Artikel vom April 2019 den Militärexperten Wladislaw Schurygin, laut dem ungefähr jeder vierte Wehrpflichtige zur Armee komme. Die Armee habe endlich die Möglichkeit erhalten, motivierte Soldaten auszusuchen und der fehlende Wunsch, seinen Wehrdienst zu verrichten, könne sogar die Grundlage für eine Ablehnung sein. Einen Wehrdienstleistenden, der die militärische Sache nicht erlernen wolle, könne keiner gebrauchen. Eine Person, die den Wehrdienst verweigere, solle sich jedoch bewusst sein, so Schurygin, dass sie sich viele Türen im weiteren Leben verschließen. Ohne den entsprechenden Vermerk im Wehrpass mache die Person keine Karriere. In erster Linie sei der Person der Weg in staatliche Strukturen und Strukturen mit polizeilichen/militärischen Befugnissen versperrt, aber auch in viele private Firmen. In den letzten Jahren werde die Armee erfolgreich auf eine Berufsarmee umgestellt und Wehrdienstverweigerer würden nicht so aktiv wie früher gesucht, so Schurygin. Dennoch hätten sie Probleme, beispielsweise, wenn sie staatliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollten. (Iswestija, 29. April 2019)

Pravda.ru, eine russische Online-Nachrichtenseite, zu der keine weiteren Informationen gefunden werden konnten, schreibt in einem Artikel vom Februar 2018, dass pro Jahr 750.000 Personen die Schule abschließen würden, davon etwa die Hälfte Männer. Im Herbst 2017 seien 134.000 Personen zur Armee einberufen worden, 2016 seien es 152.000 gewesen. Man frage sich, wo der Rest sei. Öffentlich zugänglichen Daten zufolge würden nur 40 Prozent der Wehrpflichtigen zur Armee einberufen. (Pravda.ru, 22. Februar 2018)

Die russische Tageszeitung Kommersant veröffentlicht im Juli 2019 ein Interview mit dem Menschenrechtler Arsenij Lewinson von der Menschenrechtsorganisation Bürger und Armee. Laut diesem sei die Anzahl der für die Wehrpflicht Tauglichen um ein Vielfaches höher als die Anzahl an Soldaten, die die Armee benötige. Die Anzahl derjenigen, die einberufen werden könnten, sei höher als der Plan für die Einberufung vorsehe. (Kommersant, 21. Juli 2019)

Die Rossijskaja gaseta (RG), das Amtsblatt der russischen Regierung, veröffentlicht im Oktober 2018 einen Artikel, in dem erwähnt wird, dass die Anzahl der Wehrdienstverweigerer von der

Einberufungskampagne im Frühling 2018 bis zur Einberufungskampagne im Herbst 2018 um 50 Prozent gesunken sei. Die Mehrheit der jungen Männer wolle die zwölf Monate in der Armee ehrlich ableisten und würde den Wehrdienst als nützlich und erforderlich ansehen. Eine derart patriotische Einstellung habe es nicht immer gegeben. Zudem würden medizinische Statistiken davon zeugen, dass die Anzahl der jungen Männer, die in Bezug auf ihren Gesundheitszustand tauglich für den Wehrdienst seien, in den letzten zehn Jahren gestiegen sei, und zwar beträchtlich, von 67 auf 76 Prozent. (RG, 10. Oktober 2018)

In einem 2019 veröffentlichten Bericht schreibt die Menschenrechtsorganisation Bürger und Armee, dass bei jeder Einberufungskampagne eine festgesetzte Anzahl von Männern einberufen werde, wobei die Anzahl durch einen Erlass des Präsidenten festgelegt werde. 2016 seien 307.000 Personen zum Wehrdienst einberufen worden, 2017 seien es 276.000 gewesen, 2018 seien es 260.000 gewesen. Wenn man die Zahlen der Einberufungen den Zahlen der Statistikbehörde bezüglich der Anzahl der jungen Männer, die das Alter von 18 Jahren erreicht hätten, gegenüberstelle, ergebe sich, dass ungefähr jeder Dritte einer jeden Generation zum Wehrdienst einberufen werde (Bürger und Armee, 2019b, S. 4). An einer anderen Stelle im Bericht wird erwähnt, dass ungefähr jeder dritte junge Mann zum Wehrdienst eingezogen werde, ein Drittel der Männer seien gesundheitlich geeignet für den Wehrdienst, werden aber nicht einberufen. Die Untauglichen würden auch etwa ein Drittel ausmachen (Bürger und Armee, 2019b, S. 6).

Im Folgenden sind die im Amtsblatt veröffentlichten offiziellen Zahlen zu den Einberufungen gemäß den Erlassen des russischen Präsidenten für die Jahre 2016 bis 2018 angeführt:

	Frühjahr	Herbst
2016	155.000 (RG, 31. März 2016)	152.000 (RG, 3. Oktober 2016)
2017	142.000 (RG, 31. März 2017)	134.000 (RG, 29. September 2017)
2018	128.000 (RG, 2. April 2018)	132.500 (RG, 28. September 2018)

Sergej Kriwenko, Direktor von Bürger und Armee, schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 7. Oktober 2019, dass Männer zwischen 18 und 27 Jahren in Russland der Wehrpflicht unterliegen würden. Laut der Statistik hätten in den letzten Jahren jährlich etwa 900.000 Männer das Alter von 18 Jahren erreicht, was bedeute, dass ca. acht bis neun Millionen Männer im wehrpflichtigen Alter (18 bis 27) seien. Es würden aber nicht alle zum Wehrdienst einberufen. Etwa 30 Prozent seien aus gesundheitlichen Gründen nicht tauglich, sie würden per Gesetz eine Freistellung vom Wehrdienst erhalten. Vor jeder Einberufung werde ein Erlass des Präsidenten veröffentlicht, in dem die Anzahl der Männer verlautbart werde, die zum Wehrdienst einberufen werden müssten. In den letzten Jahren seien nur etwa 280.000 Männer pro Jahr einberufen worden, was etwa ein Drittel eines Jahrgangs sei. Das bedeute, dass in Russland ungefähr jeder dritte junge Mann zum Wehrdienst einberufen werde. Außerdem werde die Armee in eine Berufsarmee umgewandelt, weshalb die Anzahl der zum Wehrdienst Einberufenen jedes Jahr ca. um 10.000 Personen zurückgehe. Junge Männer könnten sowohl in die Armee als auch in die Nationalgarde einberufen werden. Etwa 90 Prozent der Wehrpflichtigen würden in die Armee einberufen. Derzeit würden etwas weniger als 300.000

Wehrpflichtige und etwa 400.000 Berufssoldaten in der Armee dienen. (Kriwenko, 7. Oktober 2019)

6 Informationen zu Dedowschtschina

6.1 Definition und Begriffsklärung: Formen von Misshandlungen/Schikanen

Human Rights Watch (HRW), eine nichtstaatliche Menschenrechtsorganisation, die Berichte und Briefings über Menschenrechtsbedingungen von über 90 Ländern veröffentlicht, erläutert in einem Bericht vom Oktober 2004, dass Hunderttausende neue Rekruten in der russischen Armee während ihres ersten Wehrdienstjahres mit missbräuchlicher Behandlung seitens älterer Rekruten konfrontiert gewesen seien. Im Rahmen eines Systems, das Dedowschtschina genannt werde – die Herrschaft der Großväter – würden Rekruten im zweiten Jahr des Wehrdienstes neue Rekruten dazu zwingen, ein Jahr lang in unsinniger Sklaverei („pointless servitude“) zu leben, sie gewaltsam für jegliche Verstöße gegen offizielle oder inoffizielle Regeln bestrafen und sie unnötig misshandeln. Dutzende Wehrdienstleistende würden jedes Jahr infolge der Misshandlungen getötet und Tausende würden ernsthafte, häufig bleibende physische und psychische Schäden erleiden. Hunderte würden Selbstmord begehen oder Selbstmordversuche unternehmen und Tausende würden von ihren Einheiten davonlaufen. Diese Misshandlungen würden in einem breiteren Kontext stattfinden, in dem den Wehrdienstleistenden das Recht auf angemessene Ernährung und Zugang zu medizinischer Versorgung verwehrt werde und in dem die Rekruten missbräuchlicher Behandlung durch Offiziere ausgesetzt seien. Die Dedowschtschina gebe es in Militäreinheiten in der ganzen Russischen Föderation. Sie stelle eine informelle Hierarchie der Rekruten her, die auf der Länge des bereits abgeleisteten Wehrdienstes basiere, und sehe für jede Gruppe der Hierarchie bestimmte Rechte und Pflichten vor. Wie in jeder Armee hätten Neulinge in diesem System im Wesentlichen keine Rechte, sie müssten sie sich mit der Zeit erst verdienen. Zu Beginn ihres Wehrdienstes seien die Rekruten „nicht berechtigt“ zu essen, sich zu waschen, sich zu erholen, zu schlafen, krank zu sein oder auch nur die Zeit zu kontrollieren. Alle Einschränkungen in diesen Bereichen würden als zulässig angesehen. Das Leben eines neuen Rekruten bestehe aus unzähligen Verpflichtungen, um die Anweisungen der Rekruten zu erfüllen, die bereits lange genug gedient hätten – ein Jahr oder mehr -, um sich Rechte in dieser Hierarchie zu verdienen. Rekruten im zweiten Jahr, die als Dedy (Deutsch: Großväter) bezeichnet würden, hätten praktisch grenzenlose Machtbefugnisse gegenüber ihren jüngeren Kollegen. Sie könnten ihnen befehlen zu tun, was immer sie wollten, egal wie erniedrigend oder absurd die Aufgabe sei, ohne dabei an den militärischen Verhaltenskodex oder irgendwelche andere Regeln gebunden zu sein („remaining beyond the strictures“). Wenn sich ein Rekrut im ersten Jahr weigere zu gehorchen oder bei den zugewiesenen Aufgaben scheitere, könne der ältere Rekrut jegliche Strafe verhängen, die ihm angemessen erscheine, egal wie gewaltsam diese sei. (HRW, 20. Oktober 2004)

Françoise Daucé, Studienleiterin an der Pariser École des hautes études en sciences sociales (EHESS) und Direktorin des dortigen Zentrums für russische, kaukasische und zentraleuropäische Studien (CERCEC), und Elisabeth Sieca-Kozlowski, ebenfalls an der EHESS, schreiben in der Einleitung der ersten Ausgabe des Journal of Power Institutions in Post Soviet Societies (PIPSS) von 2004 zum Thema Dedowschtschina, dass der Ausdruck im

postsowjetischen Russland weit verbreitet sei. Es sei allerdings schwierig, den Begriff in andere Sprachen zu übersetzen, da eine Übersetzung nicht die Polysemie des Wortes vermitteln noch die Komplexität der Vorgehensweisen, auf die sich das Wort beziehe, widerspiegeln könne. Es handle sich bei Dedowschtschina nicht nur um das Schikanieren („hazing“), Drangsalieren („bullying“) oder um Initiationsriten („bizutage“). Das Wort Dedowschtschina werde von der Wurzel „ded“ gebildet, was auf Russisch Großvater bedeute. Dedowschtschina manifestiere sich als Gewalt, die von älteren Rekruten gegenüber jüngeren Rekruten ausgeübt werde. Es handle sich um ein militärisches Phänomen, das jedoch von den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Realitäten Russlands beeinflusst werde. Die Dedowschtschina sei ein Erbe der Sowjetunion und werde nun mit postsowjetischen Praktiken und Werten angereichert. (Daucé/Sieca-Kozlowski, 2004)

Dekoder, ein Online-Medium, das journalistische Berichte über Russland mit Expertise aus europäischen Forschungsinstituten kombiniert, veröffentlicht im Mai 2017 einen übersetzten und gekürzten Artikel des Internetportals Meduza zu Dedowschtschina (Fußnoten im Original als Hypertext):

„Wenn Dienstältere systematisch junge Soldaten schikanieren, teilweise sogar quälen oder misshandeln, so hat das in Russland einen Namen: Dedowschtschina. [...]

Im Juni 2006 unterzeichnete Putin ein Gesetz, das die Dauer der Wehrpflicht von ehemals zwei Jahren auf ein Jahr reduzierte. Der damalige Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow erklärte, diese Maßnahme diene dazu, ernsthaft gegen regelwidriges Verhalten in der Armee vorzugehen und die Kasten der Dedy² und Duchi³ auszumerzen: Großväter, wie die Altgedienten bezeichnet werden, und Geister – Soldaten, die gerade erst einberufen worden sind. [...]

Verschiedene Experten und Menschenrechtler erklären, der Begriff Dedowschtschina sei im Hinblick auf heutige Straftaten in der Armee – streng genommen – nicht mehr ganz korrekt: Es gehe nur noch selten um eine ‚Erziehung‘ der neuen Rekruten; die traditionellen Kasten der Dedy, Tscherepy⁴, Slony⁵ und Duchi können sich seit dem Übergang zum einjährigen Wehrdienst schlicht nicht schnell genug formieren. In vielen Fällen spielt es

² Als dedy (dt. Großväter) werden im Militärjargon diejenigen Soldaten bezeichnet, die bereits eineinhalb Jahre in der Armee dienen und damit kurz vor ihrer Entlassung stehen.

³ Im Militärjargon werden Neulinge, die militärisch ausgebildet werden und noch keinen Fahneid geleistet haben, mitunter als körperlose Geister (russisch: duchi besplotnyje) bezeichnet. Sie stehen auf der untersten Stufe der inoffiziellen militärischen Hierarchie. Üblicherweise werden diese Wehrpflichtigen massiven Schikanen ausgesetzt. Im Russischen hat sich hierfür der Begriff Dedowschtschina (in etwa ‚Herrschaft der Großväter‘) etabliert. Die Dienstälteren behandeln Neulinge auf menschenunwürdige Art, nicht selten kommt es dabei zu Tötungen und Suiziden.

⁴ Als Totenköpfe werden im russischen Militärjargon diejenigen Soldaten bezeichnet, die bereits seit einem Jahr in der Armee dienen.

⁵ Als Elefanten werden im russischen Militärjargon diejenigen Soldaten bezeichnet, die bereits ein halbes Jahr in der Armee dienen.

auch gar keine große Rolle, wie lange der Soldat, gegen den man Gewalt anwendet, schon im Dienst ist.

Arseni Lewinson [Jurist bei Grashdanin i Armija – dek] sagt, die Regelverstöße würden heutzutage andere Formen annehmen: Es würden mehr Straftaten durch höherrangige Militärdienstleistende begangen; Fälle von Erpressung nähmen zu. [...]

Für das Jahr 2016 konnte Meduza in den Medien und anderen offenen Quellen mehrere Dutzend bekannt gewordene Fälle von Erpressung im Wehrdienst finden: Unter Androhung von Gewalt oder Mord wurden von den Rekruten Geld, technische Geräte oder Lebensmittel verlangt. Laut Berichten von Menschenrechtlern beschränkt sich die Erpressung in der Regel auf Summen von 1000 bis 5000 Rubel [umgerechnet etwa 15 bis 70 Euro – dek] pro Woche. Zunächst wird der Rekrut auf seine Zahlungsfähigkeit hin ‚abgetastet‘: Man verlangt Geld und droht ihm mit dem Tod. Wenn er einknickt und das Geld zahlt, wird mehr gefordert.“ (Dekoder, 15. Mai 2017)

6.2 Anzahl der Fälle von Dedowschtschina 2016-2018, Anzahl der Todesfälle

Das US-Außenministerium (US Department of State, USDOS) schreibt in seinem im März 2019 veröffentlichten Jahresbericht zur Menschenrechtslage (Berichtszeitraum: 2018), dass physische Misshandlungen und Schikanieren („hazing“), die in manchen Fällen zum Tod geführt hätten, weiterhin ein Problem in der Armee gewesen seien, aber die Behörden hätten in manchen Fällen Schritte unternommen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. So habe etwa laut Medienberichten ein Soldat auf einem Luftwaffenstützpunkt in Perm am 5. Jänner 2018 Selbstmord begangen, nachdem er zuvor von einem Mitsoldaten fortgesetzter physischer und psychischer Schikanierung ausgesetzt gewesen sei. Der Mitsoldat sei in der Folge angeklagt worden, weil er den Kollegen in den Selbstmord getrieben habe. Das Verfahren habe im August 2018 begonnen. Im Oktober habe der regionale Militärstaatsanwalt von Perm mitgeteilt, dass mindestens vier Offiziere aus dem Dienst entlassen oder ihres Kommandos enthoben worden seien, mindestens elf weiteren Personen sei ein Verweis erteilt worden. Laut Medienberichten habe es sich um den dritten Todesfall in der jüngsten Zeit auf dem Luftwaffenstützpunkt gehandelt.

An anderer Stelle führt der Bericht an, dass nicht tödliche physische Misshandlung und Schikanieren („hazing“) in der Armee weiterhin vorgekommen seien, allerdings habe es weniger Rechtsverletzungen in Zusammenhang mit Schikanieren („hazing“) in der Armee gegeben als in den Jahren zuvor. AktivistInnen hätten berichtet, dass das Schikanieren oft mit Erpressungen in Zusammenhang gestanden habe. (USDOS, 13. März 2019, Section 1c)

Bezüglich der Anzahl der Fälle von Dedowschtschina schreibt Dekoder (Fußnote im Original als Hypertext):

„Die Dedowschtschina geht zurück bis in die Zarenzeit, doch bis heute legt sich über die konkreten Fälle meist ein Mantel des Schweigens, Betroffene bleiben den Schikanen hilflos ausgeliefert. [...]

Im Juni 2006 unterzeichnete Putin ein Gesetz, das die Dauer der Wehrpflicht von ehemals zwei Jahren auf ein Jahr reduzierte. [...]

Bald darauf hörte das Verteidigungsministerium auf, Namenslisten von Wehrdienstleistenden zu veröffentlichen, die während der Dienstausbildung zu Tode gekommen sind (diese Aufgabe obliegt seitdem der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft). Der letzte Bericht bezieht sich auf die Zahlen des Jahres 2008 und spricht von 471 verstorbenen Wehrdienstleistenden (das sind deutlich weniger als früher: 1996 belief sich die Zahl der außerkriegerischen Verluste der Armee auf über 1500 Menschen, 2005 waren es noch über 1000).

Gleich mehrere Menschenrechtsorganisationen sind sich sicher: Das Fehlen einer Statistik bedeutet nicht die plötzliche Abwesenheit der Dedowschtschina. [...]

Am 14. März 2014 tagsüber kam in der Einheit Jurga im Gebiet Kemerowo der Rekrut Sergej Laptew auf seinem Gefechtsposten ums Leben. Als Todesursache wurden zunächst Herzstillstand und akute Gastritis angegeben – ungeachtet der Erklärungen der Eltern, ihr Sohn habe nie etwas am Magen oder am Herzen gehabt. Sie forchten das Gutachten vor Gericht an, woraufhin es eine erneute Untersuchung gab, bei der die Ärzte einen Durchbruch der Magenwand, eine stumpfe Bauchverletzung und hohen Blutverlust feststellten.

Man verurteilte Iwan Kulagin, einen Dienstkameraden Laptews, zu fünf Jahren Haft nach Paragraph 335 Strafgesetzbuch⁶, der regelwidrige Verhältnisse unter Armeeingehörigen unter Strafe stellt. Die Liste von Fällen wie diesem ließe sich fortsetzen, und sie enden bei weitem nicht alle mit einer Verurteilung. Die existierende Statistik berücksichtigt nur Strafverfahren, die aufgrund eben dieses Paragraphen 335 eingeleitet wurden: 2014 waren es 939 Fälle, 2015 waren es 901.

Laut Menschenrechtlern von Organisationen wie Prawo Materi oder Grashdanin i Armija, die mit dem Problem der Gewalt innerhalb der Streitkräfte arbeiten, gibt es im Grunde keine genauen Erhebungen zur derzeitigen Situation beim Militär. [...]

Arseni Lewinson, [Jurist bei Grashdanin i Armija – dek], sagt, es komme nicht selten vor, dass Todesfälle vom Militärgericht zu Suiziden oder Unfällen erklärt werden.

Laut einer Statistik von Prawo Materi wurden 2016 42 Prozent aller Todesfälle als Suizid gewertet, 24 Prozent als Unfall (von allen Fällen, die der Organisation aufgrund von Berichten von Angehörigen der Verstorbenen bekannt sind). Viele Straftaten schaffen es nicht in die Statistik, weil die Opfer sie nicht melden, fügt Lewinson hinzu. So ist es meistens bei Prügelattacken, die nicht tödlich enden – die Mehrheit der Einberufenen, so der Menschenrechtler, „hat Angst und schweigt.“ (Dekoder, 15. Mai 2017)

⁶ Im Artikel 335 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (russ. Ugolowny kodex Rossiskoi Federacii) aus dem Jahr 1996 geht es um die Bestrafung von Gewalt zwischen Armeeingehörigen. Der Artikel besagt, dass auf Verletzung der Menschenwürde durch Schikane, Gewaltanwendung jeglicher Art, Körperverletzung oder den Gebrauch von Waffen eine Strafe von mindestens zwei und höchstens zehn Jahren steht.

Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), eine von der amerikanischen antikommunistischen Organisation National Committee for a Free Europe im Jahr 1949 gegründete Rundfunkorganisation, die vom US-Kongress finanziert wird, schreibt in einem Artikel vom März 2017, dass die russische Regierung keine Statistiken zu Verbrechen beim Militär veröffentliche. Allerdings seien Berichte über Selbstmorde und verdächtige Todesfälle in der Armee ziemlich üblich. Laut Angaben der Regierung hätten sich die Fälle von Erpressung insgesamt zwischen 2015 und 2016 mehr als verdoppelt und RechtsaktivistInnen würden behaupten, dass Fälle innerhalb der Armee auch im Steigen begriffen seien. Gewalt und Erpressung seien im Militär nicht verschwunden, so Sergej Kriwenko, der Leiter der NGO Bürger und Armee und Mitglied des russischen Menschenrechtsrats. Aber die Form habe sich seiner Aussage zufolge geändert. Schikanieren („hazing“) als eine Form der Kontrolle von älteren Soldaten über Rekruten sei von einem System abgelöst worden, in dem Gewalt von ethnischen Gründen oder der Herkunftsregion bestimmt werde. Das Ziel der Gewalt sei nur nicht mehr das Aufrechterhalten einer Art Disziplin, sondern das Erpressen von Geld. AktivistInnen würden schätzen, dass es 200 bis 300 verdächtige Vorfälle jedes Jahr in der russischen Armee gebe. Viele dieser Fälle stünden mit Erpressungen in Zusammenhang, so Kriwenko. In der letzten Zeit (vor Veröffentlichung des Artikels im März 2017) hätten Erpressungen in militärischen Einheiten laut Kriwenko zugenommen. Viele Verbindungen zwischen Soldaten seien zu finanziellen Beziehungen geworden. Wenn man eine bestimmte Aufgabe nicht erfüllen wolle, müsse man zahlen, wenn man nach Hause telefonieren wolle, müsse man zahlen. Man müsse verstehen, dass über derartige Verbrechen nicht in vollem Umfang berichtet werde. Viele Soldaten hätten Angst, sich zu beschweren, weil sie der Ansicht seien, dass dies die Sache noch schlechter mache. Sehr häufig kämen Informationen über Erpressungen nur bei Ermittlungen bezüglich anderer Verbrechen ans Tageslicht, so Kriwenko. Laut Veronika Martschenko von der der NGO Rechte der Mütter gehe das Schikanieren („hazing“) in seiner reinen Form zurück, aber Erpressungen seien zur Norm beim Militär geworden. Über die Mehrheit dieser Verbrechen werde nicht berichtet und es sei extrem schwierig, derartige Fälle vor Gericht zu bringen. Die Soldaten hätten Angst sich zu beschweren und würden es bevorzugen einfach zu bezahlen, in der Hoffnung, dass sie dann in Ruhe die restliche Zeit des Wehrdienstes ableisten könnten. Aber dann würden die Eltern ihre Kinder in Särgen zurückbekommen. Wenn die NGO diese Fälle untersuche, dann komme entweder heraus, dass der Soldat in den Selbstmord getrieben worden sei, oder dass der Soldat ermordet worden sei und man den Mord wie einen Selbstmord habe aussehen lassen. Sehr oft würden diesen Tragödien Erpressungen zugrunde liegen, im Zuge derer man versuche, Geld von den Wehrdienstleistenden zu bekommen, so Martschenko. In vielen Fälle seien Offiziere letztendlich die Täter und würden von den Soldaten Geld erpressen, sei es für ihren eigenen Vorteil oder um Dinge für die Einheit zu erstehen. Alexander Gorbatschow, ein Anwalt des Komitees der Soldatenmütter in Sankt Petersburg, habe RFE/RL gegenüber mitgeteilt, dass Offiziere oft die kollektive Disziplin unter Soldaten nutzen würden, um widerspenstige Soldaten unter Druck zu setzen. In der Regel würden die Soldaten natürlich zahlen, so Gorbatschow. Es gebe zwar Soldaten, die nicht zahlen würden, aber dann würden sie Probleme mit ihrer Einheit bekommen, da Widerstand kollektiv bestraft werde – beispielsweise, indem man der Einheit Anrufe nach Hause verweigere oder ihnen Schlaf entziehe. (RFE/RL, 17. März 2017)

Pravda.ru schreibt in dem oben bereits zitierten Artikel vom Februar 2018, dass die Anzahl der Konfliktsituationen für Soldaten und die Anzahl der kriminellen Übergriffe auf sie jedes Jahr um fünf bis 15 Prozent zurückgehe. Diese Informationen könnten nur schwer bestätigt oder entkräftet werden, da ein Erlass aus dem Jahr 2015 Informationen über Verluste der Armee in Friedenszeiten für geheim erkläre. Die Geheimhaltung Sorge jedoch für Gerüchte und Spekulationen. Es sei noch nicht so lange her, dass der Leiter der Kommission für Angelegenheiten der nationalen Sicherheit der Gesellschaftlichen Kammer der Russischen Föderation⁷ den Hauptmilitärstaatsanwalt gebeten habe, Informationen über Verbrechen, Unfälle und Korruption in der Armee, darunter auch Informationen über Personalverluste außerhalb von Kampfsituationen, wieder zur Verfügung zu stellen. Zum letzten Mal seien derartige Informationen 2008 auf der Seite des Verteidigungsministeriums veröffentlicht worden. Damals sei über 471 Tote berichtet worden. In den darauffolgenden beiden Jahren habe man die Zahlen den Berichten des Militärstaatsanwaltes Fridinskyj und des Generalstaatsanwaltes Tschajka entnehmen können. 2009 seien 470 Personen in der Armee ums Leben gekommen, 2010 seien es 478 Personen gewesen. Die meisten Todesfälle bei Soldaten seien die Folge von Unfälle auf der Straße oder von Verstößen gegen Sicherheitsvorschriften gewesen. Der Vorsitzende der Allrussischen Soldatengewerkschaft, Oleg Schwedkow, habe angegeben, dass die Anzahl der Todesfälle bei Soldaten beträchtlich zurückgegangen sei. Früher habe es 100 Tote bei 800.000 Soldaten gegeben, aktuell sei die Zahl bei 20 Toten pro 400.000-500.000. Der Rückgang sei also offensichtlich. Ella Poljakowa vom Präsidentenrat für Menschenrechte sei der Ansicht, dass das Verteidigungsministerium die Daten über Tote und Verletzte bei Wehrpflichtigen zurückhalte. Ihrer Meinung nach würden 500 Soldaten pro Jahre in der Armee ums Leben kommen. (Pravda.ru, 22. Februar 2018)

Die Menschenrechtsorganisation Bürger und Armee veröffentlicht 2016 einen Monitoring-Bericht für den Zeitraum 1. Jänner bis 30. Juni 2016 über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten, basierend auf Meldungen, die bei der Organisation eingegangen seien. Was die Verletzungen der Rechte von Soldaten angehe, so hätten vier Prozent der Meldungen eine Verletzung des Rechtes auf Leben dargestellt, 17 Prozent eine Verletzung des Rechte auf Ehre und Würde und des Verbots von Folter, sieben Prozent eine Verletzung des Rechts auf Eigentum, 46 Prozent eine Verletzung des Rechts auf Gesundheit, 20 Prozent hätten die Bedingungen der Absolvierung des Dienstes betroffen und sechs Prozent etwas anderes:

⁷ Die Gesellschaftliche Kammer der Russischen Föderation (Общественная палата Российской Федерации) ist eine Art Ombudsstelle (siehe <https://www.oprf.ru/en/about/>).

	июль – декабрь 2015, (%)	январь – июнь 2016, (%)
[...]		
2. ВОЕННАЯ СЛУЖБА		
2.1. Нарушение права на жизнь	3%	4%
2.2. Нарушение права на честь и достоинство, на запрет пыток	15%	17%
2.3. Нарушение права на собственность	8%	7%
2.4. Нарушение права на здоровье	43%	46%
2.5. Нарушение условий прохождения службы	30%	20%
Другое	1%	6%

(Bürger und Armee, 2016, S. 5-6)

Der Bericht von Bürger und Armee enthält auch Ergebnisse eines Monitorings der Medien und des Internets bezüglich der untersuchten Verletzungen für den Zeitraum Jänner bis Juni 2016, wobei darauf hingewiesen wird, dass diese Fälle nur der für die Gesellschaft sichtbare Ausschnitt seien. Insgesamt werden auf den Seiten 42 bis 49 des Berichts 15 Todesfälle, sieben Fälle von Gewalt sowie zwei Selbstmordversuche angeführt, allerdings werden bei den Todesfällen auch Unglücksfälle und gesundheitsbedingte Todesfälle aufgelistet. (Bürger und Armee, 2016, S. 42-48)

2017 veröffentlicht Bürger und Armee einen Monitoring-Bericht für den Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2016 über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten, basierend auf Meldungen, die bei der Organisation eingegangen seien. Was die Verletzungen der Rechte von Soldaten angehe, so hätten acht Prozent der Meldungen eine Verletzung des Rechtes auf Leben dargestellt, 18 Prozent eine Verletzung des Rechte auf Ehre und Würde und des Verbots von Folter, sieben Prozent eine Verletzung des Rechts auf Eigentum, 40 Prozent eine Verletzung des Rechts auf Gesundheit, 23 Prozent hätten die Bedingungen der Absolvierung des Dienstes betroffen und vier Prozent etwas anderes:

	июль – декабрь 2015, (%)	январь – июнь 2016, (%)	июль-декабрь 2016, (%)
1. ПРИЗЫВ			
1.1. Нарушения, связанные с определением категории годности	38%	27%	57%
1.2. Несоблюдение процедуры призыва	62%	71%	35%
Другое	0%	2%	8%
2. ВОЕННАЯ СЛУЖБА			
2.1. Нарушение права на жизнь	3%	4%	8%
2.2. Нарушение права на честь и достоинство, на запрет пыток	15%	17%	18%
2.3. Нарушение права на собственность	8%	7%	7%
2.4. Нарушение права на здоровье	43%	46%	40%
2.5. Нарушение условий прохождения службы	30%	20%	23%
Другое	1%	6%	4%

(Bürger und Armee, 2017a, S. 10)

Auch dieser Bericht enthält Ergebnisse eines Monitorings der Medien und des Internets bezüglich der untersuchten Verletzungen für den Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2016. Insgesamt werden auf den Seiten 53 bis 65 des Berichts 26 Todesfälle sowie vier Fälle von

Gewalt angeführt, allerdings werden bei den Todesfällen auch Unglücksfälle und gesundheitsbedingte Todesfälle aufgelistet. (Bürger und Armee, 2017a, S. 53-65)

2017 veröffentlicht Bürger und Armee einen zweiten Monitoring-Bericht für den Zeitraum Jänner bis Juni 2017 über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten, basierend auf Meldungen, die bei der Organisation eingegangen seien. Was die Verletzungen der Rechte von Soldaten angehe, so hätten zwölf Prozent der Meldungen eine Verletzung des Rechtes auf Leben dargestellt, 13 Prozent eine Verletzung des Rechtes auf Ehre und Würde und des Verbots von Folter, acht Prozent eine Verletzung des Rechts auf Eigentum, 35 Prozent eine Verletzung des Rechts auf Gesundheit, 28 Prozent hätten die Bedingungen der Absolvierung des Dienstes betroffen und vier Prozent etwas anderes:

	июль – декабрь 2015, (%)	январь – июнь 2016, (%)	июль-декабрь 2016, (%)	январь-июнь 2017, (%)
1. ПРИЗЫВ				
1.1. Нарушения, связанные с определением категории годности	38%	27%	57%	49%
1.2. Несоблюдение процедуры призыва	62%	71%	35%	44%
Другое	0%	2%	8%	7%
2. ВОЕННАЯ СЛУЖБА				
2.1. Нарушение права на жизнь	3%	4%	8%	12%
2.2. Нарушение права на честь и достоинство, на запрет пыток	15%	17%	18%	13%
2.3. Нарушение права на собственность	8%	7%	7%	8%
2.4. Нарушение права на здоровье	43%	46%	40%	35%
2.5. Нарушение условий прохождения службы	30%	20%	23%	28%
Другое	1%	6%	4%	4%

(Bürger und Armee, 2017b, S. 8)

Auch dieser Bericht enthält Ergebnisse eines Monitorings der Medien und des Internets bezüglich der untersuchten Verletzungen für den Zeitraum Jänner bis Juni 2017. Insgesamt werden auf den Seiten 14 bis 27 des Berichts 13 Todesfälle, sieben Fälle von Gewalt, ein Selbstmordversuch sowie zwei Fälle von Anstiftung zu Selbstmord angeführt, allerdings werden bei den Todesfällen auch Unglücksfälle und gesundheitsbedingte Todesfälle aufgelistet. (Bürger und Armee, 2017b, S. 14-27)

2018 veröffentlicht Bürger und Armee einen Monitoring-Bericht für den Zeitraum Juli bis Dezember 2017 über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten, basierend auf Meldungen, die bei der Organisation eingegangen seien. Was die Verletzungen der Rechte von Soldaten angehe, so hätten sieben Prozent der Meldungen eine Verletzung des Rechtes auf Leben dargestellt, 13 Prozent eine Verletzung des Rechtes auf Ehre und Würde und des Verbots von Folter, zwölf Prozent eine Verletzung des Rechts auf Eigentum, 46 Prozent eine Verletzung des Rechts auf Gesundheit, 16 Prozent hätten die Bedingungen der Absolvierung des Dienstes betroffen und sechs Prozent etwas anderes:

	июль – декабрь 2015, (%)	январь – июнь 2016, (%)	июль-декабрь 2016, (%)	январь-июнь 2017, (%)	июль-декабрь 2017, (%)
[...]					
2. ВОЕННАЯ СЛУЖБА					
2.1. Нарушение права на жизнь	3%	4%	8%	12%	7%
2.2. Нарушение права на честь и достоинство, на запрет пыток	15%	17%	18%	13%	13%
2.3. Нарушение права на собственность	8%	7%	7%	8%	12%
2.4. Нарушение права на здоровье	43%	46%	40%	35%	46%
2.5. Нарушение условий прохождения службы	30%	20%	23%	28%	16%
Другое	1%	6%	4%	4%	6%

(Bürger und Armee, 2018, S. 4)

Auch dieser Bericht enthält Ergebnisse eines Monitorings der Medien und des Internets bezüglich der untersuchten Verletzungen für den Juli bis Dezember 2017. Insgesamt werden auf den Seiten 47 bis 62 des Berichts zehn Todesfälle, drei Fälle von Gewalt, ein Fall von Erpressung sowie ein Fall von Verhöhnung angeführt, allerdings werden bei den Todesfällen auch Unglücksfälle und gesundheitsbedingte Todesfälle aufgelistet. (Bürger und Armee, 2018, S. 47-62)

2019 veröffentlicht Bürger und Armee einen Monitoring-Bericht für den Zeitraum Jänner bis Dezember 2018. Was die Verletzungen der Rechte von Soldaten angehe, so hätten acht Prozent der Meldungen eine Verletzung des Rechtes auf Leben dargestellt, 18 Prozent eine Verletzung des Rechtes auf Ehre und Würde und des Verbots von Folter, acht Prozent eine Verletzung des Rechts auf Eigentum, 42 Prozent eine Verletzung des Rechts auf Gesundheit und 24 Prozent hätten die Bedingungen der Absolvierung des Dienstes betroffen:

	2016	2017	2018
1. ПРИЗЫВ	327 нарушений =100%	2080 нарушений =100%	1558 нарушений =100%
1.1. Нарушения, связанные с определением категории годности	53%	52%	53%
1.2. Несоблюдение процедуры призыва	47%	48%	47%
2. ВОЕННАЯ СЛУЖБА	237 нарушений =100%	715 нарушений =100%	234 нарушения =100%
2.1. Нарушение права на жизнь	7%	11%	8%
2.2. Нарушение права на честь и достоинство, на запрет пыток	20%	13%	18%
2.3. Нарушение права на собственность	7%	9%	8%
2.4. Нарушение права на здоровье	43%	36%	42%
2.5. Нарушение условий прохождения службы	23%	31%	24%

(Bürger und Armee, 2019a, S. 3)

Der Bericht enthält keine Ergebnisse eines Monitorings der Medien und des Internets.

In einem weiteren, 2019 veröffentlichten Bericht merkt Bürger und Armee an, dass die Verkürzung des Wehrdienstes auf ein Jahr dazu geführt habe, dass die systemische Gewalt in der Armee (genannt Dedowschtschina), die ein Erbe der sowjetischen Armee gewesen sei,

ausgerottet habe werden können. Gewalt in der Armee gebe es immer noch, aber das Niveau sei wegen der Auslöschung des Systemischen bedeutend niedriger.

Die Funktionen des Ermitteln bei Verbrechen und Rechtsverletzungen in Truppenteilen würden nach wie vor von den Kommandeuren und ihren Stellvertretern ausgeübt, obwohl sie bei einer anderen, unabhängigen Struktur liegen sollten. Die Versuche, eine wirklich funktionsfähige und von der Militärverwaltung unabhängige Militärpolizei zu schaffen, an die diese Funktionen hätten übergeben werden sollen, seien ebenfalls gescheitert. Das Ergebnis sei, dass Gewalt und fehlender rechtlicher Schutz für Soldaten das Grundproblem der russischen Armee bleiben würden. (Bürger und Armee, 2019b, S. 2-4)

RFE/RL veröffentlicht im Mai 2019 einen Artikel von Bulat Muchamedschanow, dem Koordinator der Menschenrechtsorganisation Zone des Rechts, die Soldaten juristische Hilfe anbietet. Dieser schreibt, dass das Verteidigungsministerium über einen weiteren Rückgang der Anzahl der Verbrechen in der Armee berichtet habe, die mit „regelwidrigen Verhältnissen unter Armeeangehörigen“ (siehe Fußnote 6, Anm. ACCORD) in Verbindung stehen würden. 2014 sei die Anzahl um 16 Prozent zurückgegangen, 2016 nochmals um 40 Prozent. Allerdings seien reale Angaben über Verluste beim Personalbestand der Armee in Friedenszeiten geheim. Zum Jahr 2018 habe die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft erklärt, dass die Anzahl der Rechtsverletzungen unter Soldaten um 11,2 Prozent zurückgegangen sei, insbesondere die Fälle von Anwendung physischer Gewalt seien um 45,5 Prozent zurückgegangen. Allerdings gebe es keine offiziellen Angaben zur Anzahl der in der Armee ums Leben gekommenen (Suizid, Mord, Verkehrsunfall, Unglücksfall, Tod im Kampf oder bei Übungen, Krankheit usw.). Zum letzten Mal seien derartige Zahl vor fast zehn Jahren veröffentlicht worden. 2008 seien 471 Soldaten ums Leben gekommen, 2009 seien es 470 gewesen und 2010 seien es 478 gewesen. Menschenrechtsaktivisten seien der Ansicht, dass Prozentangaben bei gleichzeitigem Fehlen konkreter Daten eine List sei. Laut Arsenij Lewinson, Jurist bei Bürger und Armee, werde eine solche Herangehensweise gewählt, bei der sich die Anzahl der Vorfälle um ein Prozent ändere. Aber diesem Prozent könne man keinen Glauben schenken. Also seien Aktivisten und Journalisten die Hauptinformationsquellen in Bezug auf Todesfälle von Soldaten, so Muchamedschanow weiter.

Der Fall, der 2019 am meisten Aufsehen erregt habe, habe sich im Gebiet Woronesch ereignet, wo ein 19-jähriger Soldat in einem Zelt auf einem Truppenübungsplatz unter seltsamen Umständen ums Leben gekommen sei. Seine Hände seien mit Klebeband zusammengebunden gewesen, über seinen Kopf sei eine Tüte gezogen gewesen und auch um seinen Hals sei Klebeband gewickelt gewesen. Ein Gutachten sei zu dem Schluss gekommen, es habe sich um Selbstmord gehandelt. Allerdings hätten die Ermittler festgestellt, dass der Soldat kurz vor seinem Tod im Schlaf von einem Offizier geschlagen worden sei, der sich um das Verschwinden zweier Kisten Wodka aus seinem privaten Auto „gekümmert“ habe. Was nach der Tötlichkeit passiert sei, sei bisher nicht bekannt, die Ermittlungen würden noch laufen. Muchamedschanow führt aus, dass ausgehend von der langjährigen Praxis der Organisation Zone des Rechts festzuhalten sei, dass es ziemlich schwierig sei, eine Kausalität zwischen dem Schlagen und dem Selbstmord herzustellen. In der Regel beschränke sich das Ermittlungskomitee darauf, die Tötlichkeit zu untersuchen und der Schuldige werde nur dafür bestraft, nicht aber für das Treiben in den Selbstmord.

So sei es beispielsweise in der Region Perm gewesen, wo ein Unteroffizier einen Soldaten gezwungen habe, Liegestütze zu machen, wobei er ihn geschlagen habe. Nach einer gewissen Zeit habe der Soldat Selbstmord begangen. In Sankt Petersburg sei ein Kompaniechef wegen Verhöhnens eines Wehrdienstleistenden, der in der Folge ebenfalls Selbstmord begangen habe, in ein Straflager geschickt worden. Wenn früher die Dedowschtschina nach Ansicht einzelner Kommandanten dazu beigetragen habe, die Ordnung aufrechtzuerhalten, dann sei der Sinn der „regelwidrigen Verhältnisse unter Armeeingehörigen“ jetzt hauptsächlich das Erpressen von Geld. Laut einem Bericht der Organisation Bürger und Armee hätten sich Beschwerden über das Eintreiben von Geld um sieben Prozent erhöht. Wenn man seine Eltern anrufen wolle, müsse man zahlen, wenn man nicht geschlagen werden wollte, müsse man ebenfalls zahlen. Die Mehrheit derartiger Vergehen habe einen latenten Charakter. Die Soldaten würden sich weigern, sich bei offiziellen Stellen zu beschweren, weil sie fürchten würden, dass es nur schlimmer würde. Diese Fakten würden im Wesentlichen bei der Untersuchung anderer Gesetzesverstöße zu Tage treten. Bei Suiziden in der Armee sei es für die Ermittler einfacher, sich an Versionen zu halten, die mit der schwierigen Anpassung an den Wehrdienst oder familiären Problemen in Zusammenhang stehen würden, und nicht tiefer zu graben. Außerhalb des Blickfelds der Ermittlungs- und Aufsichtsorgane bliebe die Tätigkeit der Militärpsychologen, deren Pflicht es sei, den psychoemotionalen Zustand des Militärpersonals zu kontrollieren.

Im November 2017 habe ein Soldat das Gebiet eines Truppenübungsplatzes im Gebiet Woronesch verlassen, ein paar Stunden später habe man seinen Leichnam gefunden – er habe sich erhängt. Experten hätten bestätigt, dass Asphyxie die Todesursache gewesen sei, aber am Körper des Toten seien auch Hämatome und Kratzer entdeckt worden. Im Zuge der Ermittlungen habe sich herausgestellt, dass der Soldat seinen Angehörigen am Telefon von einem Konflikt mit einem Kollegen erzählt und sie mehrmals gebeten habe, ihm Geld zu überweisen. In den Unterlagen des Falls hätten sich zwei Gutachten von Militärpsychologen befunden über den Zustand des Soldaten zu Lebzeiten, deren Schlussfolgerungen einander widersprochen hätten. Der eine sei zu dem Schluss gekommen, dass keine Selbstmordgefahr vorgelegen habe, der zweite habe auf die Introvertiertheit und fehlende soziale Adaptierung des Soldaten hingewiesen und ihn nicht für den Dienst mit der Waffe empfohlen. Weitere Untersuchungen seien nicht angestellt worden. Ein vom Ermittler in Auftrag gegebenes gerichtsmedizinisches Gutachten habe Folgendes festgehalten: Der Konflikt mit dem Kollegen, der sich geweigert habe, das Smartphone des Soldaten zurückzugeben, habe bei dem Soldaten zu einem „Zustand der ausgeprägten Frustration und in der Folge einer destruktiven Art der Reaktion in Form des impulsiven Verlassens des Einheit und des möglichen Begehens eines affektiven Selbstmords“ geführt. Die Einschätzung der Experten habe nichts an der Entscheidung des Ermittlungskomitees geändert, das Verfahren wegen Treibens in den Selbstmord einzustellen. Die Organisation Zone des Rechts habe im Namen der Mutter des toten Soldaten Anzeige beim Ermittlungskomitee gegen die Militärpsychologen eingebracht. Das Ermittlungskomitee habe sich allerdings geweigert, der Anzeige nachzugehen und die Gerichte hätten die Reaktion der Ermittler für rechtmäßig erklärt. (RFE/RL, 13. Mai 2019)

Die nichtstaatliche russische Tageszeitung Moskowskij Komsomolez (KM) veröffentlicht im September 2019 ein Interview mit Sergej Schojgu, dem russischen Verteidigungsminister. Auf die Frage, ob das Problem der Dedowschtschina in Russland überwunden sei, antwortet dieser,

dass es derzeit in der Armee keine Grundlage dafür gebe. Es gebe natürlich Fälle alltäglichen Rowdytums und von Rowdytum in den Kasernen. Wenn man einen starken Wunsch verspüren würde, könne man auf diese Fälle natürlich Aufmerksamkeit lenken, aber derartige Situationen würden unter Zivilisten in jeder beliebigen Stadt häufiger vorkommen. Das Wichtigste sei, dass in der russischen Armee mit einer Million Mitgliedern die Kriminalität um ein Vielfaches niedriger sei als in jeder Stadt mit einer Million EinwohnerInnen. Das sei reine Statistik. (MK, 22. September 2019)

Die von einer Journalistin 2012 gegründete russische Onlinezeitung Znak schreibt im September 2019, dass es laut dem Verteidigungsminister keine Grundlage für Dedowschtschina in der Armee gebe. Die Fälle von „regelwidrigen Verhältnissen unter Armeeingehörigen“ würden tatsächlicher weniger, seien aber bei weitem keine Einzelfälle. In den ersten neun Monaten des Jahres 2018 habe die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft einen Rückgang um 18 Prozent bei den Strafverfahren in Zusammenhang mit Gewalt gegenüber dem Wehrdienst Einberufenen festgestellt. 329 Personen seien Opfer „regelwidriger Verhältnisse unter Armeeingehörigen“ geworden, so ein Vertreter der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft. Insgesamt seien 228.000 Gesetzesverletzungen mit Stand 1. Oktober 2018 bei den Streitkräften aufgedeckt worden und mehr als 2.600 Strafverfahren eingeleitet worden, davon seien beinahe 1.300 militärische Vergehen gewesen. Das Komitee der Soldatenmütter habe Znak keine aktuellen Daten zur Dedowschtschina in der russischen Armee zur Verfügung stellen können. Aber auf der Webseite der Organisation könne man Materialien finden, in denen es heiße, dass das Problem der „regelwidrigen Verhältnisse unter Armeeingehörigen“ nach wie vor das Hauptproblem der russischen Armee sei und täglich bei der Hotline Anrufe eingehen würden mit der Frage, was ein Soldat bei „regelwidrigen Verhältnissen unter Armeeingehörigen“ tun solle. (Znak, 23. September 2019)

Die Internetausgabe des mit dem russischen Militär in Verbindung stehenden Wochenmagazins Swesda Weekly veröffentlicht im September 2019 ein Interview mit dem Hauptmilitärstaatsanwalt Walerij Petrow. Auf die Frage, ob die Dedowschtschina ein Problem der Vergangenheit sei, antwortet er, dass in den letzten Jahren viel unternommen worden sei, um die Bedingungen zu verbessern, unter denen der Wehrdienst abgeleistet werde. Das habe sich positiv auf die Armee ausgewirkt. Im Verlauf mehrerer Jahre sei die Anzahl der Vergehen im militärischen Bereich beständig zurückgegangen. Im Jahre 2018 seien es beinahe 18 Prozent weniger gewesen. Was das Delikt „regelwidrige Verhältnisse unter Armeeingehörigen“ angehe, so gebe es diese in vielen Truppenteilen nicht. Im ersten Halbjahr 2019 seien derartige Vergehen im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs um vier Prozent zurückgegangen. Die Anzahl der Opfer regelwidriger Verhältnisse unter Armeeingehörigen sei um acht Prozent zurückgegangen. Allerdings sei es noch zu früh davon zu sprechen, dass die Dedowschtschina vollständig besiegt sei. Die Umstände jedes Falles von Gewalt würden sorgfältig untersucht. Wenn es eine Grundlage gebe, würden die Materialien zur strafrechtlichen Verfolgung der Schuldigen an die militärischen Ermittlungsbehörden weitergeleitet. Von großer Bedeutung sei auch die vorbeugende Arbeit, die in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Leitung der Truppenteile geleistet werde. Militärstaatsanwälte würden Vorlesungen zu rechtlichen Themen halten sowie Soldaten, Offiziere und ihre Familienangehörigen persönlich empfangen,

ihre aktuellen Fragen beantworten und bei der Lösung verschiedenster Probleme helfen. (Swesda, 24. September 2019)

Sergej Kriwenko, Direktor von Bürger und Armee, schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 7. Oktober 2019, dass Statistiken über Rechtsverletzungen und Verbrechen in der Armee seit 2009 geheim seien und nicht veröffentlicht würden. Gemäß öffentlichen Quellen könne man die Anzahl der Todesfälle durch Dedowschtschina auf 100 bis 200 pro Jahr schätzen. (Kriwenko, 7. Oktober 2019)

Die Organisation Soldatenmütter Sankt Petersburg schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 1. Oktober 2019 dass es leider keine Daten über regelwidrige Verhältnisse unter Armeeingehörigen in Russland gebe. Diese statistischen Daten könne man in Bezug auf regelwidrige Verhältnisse unter Armeeingehörigen, die den Wehrdienst ableisten würden, herausfinden, Verbrechen, die von höherrangigen Soldaten begangen würden (die aktuell die meisten Gewaltverbrechen in der Armee begehen würden), könne man nicht ermitteln, da sie unter Artikel 286 des Strafgesetzbuches (Überschreitung von Amtsbefugnissen) fallen würden. Unter diesen Artikel würden auch Handlungen der Mitglieder der Polizei, des Föderalen Strafvollstreckungsdienstes etc. fallen, weshalb es noch nicht einmal annähernd möglich sei, die Anzahl der Gewaltverbrechen in der Armee zu ermitteln. Die Organisation Soldatenmütter Sankt Petersburg könne nur über die Dynamik der eingegangenen Meldungen, die das Thema Dedowschtschina betroffen hätten, sprechen, aber keine genauen Zahlen für Russland nennen. Die Organisation habe in den Jahren 2014 und 2015 einen Rückgang der Gewalt in der Armee festgestellt, seit 2016 hätten Meldungen bezüglich dieses Themas bei der Organisation wieder zugenommen. (Soldatenmütter Sankt Petersburg, 1. Oktober 2019)

6.3 Einfluss von bestimmten persönlichen Merkmalen auf die Gefahr, der Dedowschtschina ausgesetzt zu werden

In einem Artikel vom März 2017 zitiert RFE/RL Sergej Kriwenko von Bürger und Armee, dem zufolge das Schikanieren („hazing“) als Form der Kontrolle älter gedienter Soldaten über Rekruten vom einem System abgelöst worden sei, bei dem Gewalt von ethnischen Gründen oder der Herkunftsregion bestimmt werde. Das Ziel der Gewalt sei nicht mehr die Disziplin, sondern das Erpressen von Geld. (RFE/RL, 17. März 2017)

Sergej Kriwenko, Direktor von Bürger und Armee, schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 7. Oktober 2019, dass es ziemlich viele Fälle von Gewalt in der Armee gebe, die von durch Nationalität oder Ethnie motiviert seien. Es gebe keine religiös motivierten Fälle. (Kriwenko, 7. Oktober 2019)

Die Organisation Soldatenmütter Sankt Petersburg schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 1. Oktober 2019, dass es verständlicherweise ein Risiko gebe, aus religiösen oder ethnischen Gründen Opfer von Verhöhnungen zu werden, aber das hänge höchstwahrscheinlich von der konkreten Einheit und den Befehlshabern ab. Das höchste Risiko, aus ethnischen Gründen verfolgt zu werden, bestehe in Einheiten, wo es eine hohe Anzahl von Soldaten aus den Republiken des Nordkaukasus und anderen russischen Republiken (Tuwa, Burjatien) gebe. In

diesen Einheiten sei das Risiko für Soldaten aus Zentralrussland, Opfer von Gewalt zu werden, bedeutend höher. Es hänge jedoch auch viel von der physischen Vorbereitung der Soldaten und den Besonderheiten ihres Charakters ab. (Soldatenmütter Sankt Petersburg, 1. Oktober 2019)

Swetlana Gannuschkina von den russischen Menschenrechtsorganisationen Memorial und Komitee Bürgerbeteiligung fügte in einer E-Mail-Auskunft vom 1. Oktober 2019 an, dass sie nicht davon überzeugt sei, dass einem Kaukasier, der alleine in einer Einheit sei, keine Gefahr drohe. Es sei jedoch wahr, dass Kaukasier oft zusammenhalten und sich aggressiv verhalten würden. (Gannuschkina, 1. Oktober 2019)

6.4 Staatliche Gegenmaßnahmen

Bezüglich staatlicher Gegenmaßnahmen führt der Dekoder-Artikel vom Mai 2017 Folgendes aus:

„Im Juni 2006 unterzeichnete Putin ein Gesetz, das die Dauer der Wehrpflicht von ehemals zwei Jahren auf ein Jahr reduzierte. Der damalige Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow erklärte, diese Maßnahme diene dazu, ernsthaft gegen regelwidriges Verhalten in der Armee vorzugehen und die Kasten der Dedy und Duchi auszumerzen: Großväter, wie die Altgedienten bezeichnet werden, und Geister – Soldaten, die gerade erst einberufen worden sind. [...]

„Die Armee ist eine der geschlossensten Strukturen, die es in Russland überhaupt gibt“, bestätigt auch Georgi und berichtet, dass die Soldaten nicht wirklich wissen, an wen sie sich im Falle einer Unrechtssituation wenden sollen. „Das ist, als würdest du in einem Metallkasten sitzen, der kleine Schlitz hat, aber du kommst da nicht durch. Ich persönlich wusste nicht, zu wem ich gehen sollte, als ich geschlagen wurde. Also bin ich zu niemandem gegangen.“ [...]

Ein Faktor, der das Verschwinden der Dedowschtschina verhindert, ist vor allem die erwähnte Abgeschlossenheit der Armee: Für die Rekruten ist es schwer, auf die Rechtsbrüche in ihrer Einheit aufmerksam zu machen. „Du kannst auf jeder Etappe Probleme bekommen. Selbst wenn es der Rekrut bis zur Sanitätsstelle schafft oder die Schlagspuren fotografiert – sein Fall wird vom Kommandeur derselben Einheit geprüft. Man könnte vermuten, dass der den Fakt des Verstoßes verheimlichen wollen wird“, sagt Lewinson. „Ein nicht unwesentlicher Teil der Jungs, die sich an uns wenden, sind welche, die eigenmächtig da rausgefunden haben.““ (Dekoder, 15. Mai 2017)

In einem Urteil des österreichischen Bundesverwaltungsgerichts (BVwG) vom Juni 2019 finden sich folgende Informationen des deutschen Auswärtigen Amtes (AA) und der Österreichischen Botschaft (ÖB) in Moskau:

„2017 gab es keine offiziellen Verlautbarungen zu Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften der Russischen Föderation. Die NGOs ‚Komitee der Soldatenmütter‘ und ‚Armee.Bürger.Recht‘ berichten jedoch von Soldaten, die sich aus ganz Russland mit der Bitte um Unterstützung beim Schutz ihrer Rechte an die beiden Organisationen wenden. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Menschenrechtslage in den russischen

Streitkräften weiterhin problematisch ist. Das ‚Komitee der Soldatenmütter‘ äußerte zudem die Befürchtung, dass das 2016 erlassene Gesetz zur Verlängerung für Auslandseinsätze missbraucht und Wehrpflichtige zur Unterschrift genötigt werden könnten. Im Jahr 2015 wurde durch Staatspräsident Putin ein Dekret erlassen, das die Aufgaben der Militärpolizei erheblich erweiterte und seitdem ausdrücklich die Bekämpfung der Misshandlungen von Soldaten durch Vorgesetzte aller Dienstgrade oder ältere Wehrpflichtige („Dedowschtschina“) sowie von Diebstählen innerhalb der Streitkräfte umfasst. Es ist zu vermuten, dass es nach wie vor zu „Dedowschtschina“ kommt, jedoch nicht mehr in dem Ausmaß wie in der Vergangenheit. Eine Gesamtzahl von Todesfällen in den russischen Streitkräften wird nicht veröffentlicht. Mit einem Dekret des Präsidenten vom Mai 2015 wird die Zahl der in Friedenszeiten getöteten Angehörigen des Verteidigungsministeriums zum Staatsgeheimnis erklärt. Bei Verstößen drohen bis zu sieben Jahre Haft (AA 21.5.2018).

Für Strafverfahren gegen Militärangehörige sind Militärgerichte zuständig, die seit 1999 formal in die zivile Gerichtsbarkeit eingegliedert sind. Freiheitsstrafen wegen Militärvergehen sind ebenso wie Freiheitsstrafen aufgrund anderer Delikte in Haftanstalten oder Arbeitskolonien zu verbüßen. Militärangehörige können jedoch auch zur Verbüßung von Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren in Strafbataillone, die in der Regel zu Schwerstarbeit eingesetzt werden, abkommandiert werden (AA 21.5.2018).

Insgesamt sind jedoch zunehmend einzelne Verbesserungen zu erkennen, da (teilweise auf Initiative der Soldatenmütter) vor drei bis vier Jahren ein Beschwerderecht für Soldaten eingeführt wurde, seit Kurzem jeder Soldat ein Gehaltskonto haben muss, um Korruption und Erpressung durch Vorgesetzte zu verhindern und sich die soziale Lage durch den Neubau von Kasernen und die damit einhergehende Abnahme der Überbelegung verbessert hat, wodurch auch die Misshandlungen jüngerer durch ältere Soldaten zurückgegangen sind (AA 21.5.2018).

Das Verteidigungsministerium kooperiert mit der Ombudsstelle für Menschenrechte und mit relevanten NGOs, um regelmäßige Vorwürfe der Misshandlung von Rekruten zu verbessern. In den vergangenen Jahren konnten gewisse Fortschritte erzielt werden. Im April 2017 erklärte Verteidigungsminister Sergej Schoigu, dass die Anzahl der gemeldeten Übergriffe von Armeeingehörigen gegenüber Untergebenen um 37,6% gesunken sei. NGOs wie das ‚Komitee der Soldatenmütter‘ betonen, dass trotz gewisser Fortschritte mehr Anstrengungen, insbesondere bei der Verurteilung von Schuldigen sowie bei der Prävention, notwendig seien (ÖB Moskau 12.2017).“ (BVwG, 18. Juni 2019)

Der UNO-Ausschuss gegen Folter (UN Committee Against Torture, CAT) schreibt in seinen im August 2018 veröffentlichten Schlussbemerkungen zum Staatenbericht über die Umsetzung des Übereinkommens gegen Folter, dass man die Maßnahmen des Staates zur Prävention und Bekämpfung von Schikanieren („hazing“ bzw. Dedowschtschina) in der Armee begrüße, auch die Bildung einer Arbeitsgruppe unter dem Hauptmilitärstaatsanwalt zur Bekämpfung von erniedrigender Behandlung, regelmäßige Überprüfungen von Militäreinheiten durch Büros der Militärstaatsanwaltschaft sowie die Schulung von höherrangigen Offizieren der Armee. Allerdings sei der Ausschuss weiterhin besorgt über Berichte, dass nur ein kleiner Anteil der

berichteten Fälle von Schikanieren zu strafrechtlichen Verfolgungen geführt habe. (CAT, 28. August 2018, S. 8)

In einem im Juni 2018 veröffentlichten gemeinsamen Schattenbericht an den UNO-Ausschuss gegen Folter schreiben mehrere russische NGOs, darunter die Public Verdict Foundation, das Menschenrechtszentrum Memorial und die Soldatenmütter von Sankt Petersburg, dass Artikel 335 des russischen Strafgesetzbuches (regelwidrige Verhältnisse unter Armeeingehörigen ohne Unterordnungsverhältnis) das Schikanieren („hazing“) zu einer Straftat mache. Artikel 286 bestrafe die Überschreitung von Amtsbefugnissen, darunter die Anwendung von Gewalt gegenüber Untergebenen. 2011 habe Russland den Prozess zur Einrichtung einer Militärpolizei eingeleitet. Die Militärpolizei habe Funktionen und Befugnisse, die zuvor die Kommandanten von Militäreinheiten innegehabt hätten. Die Militärpolizei habe insbesondere die Befugnis, Untersuchungen durchzuführen oder Soldaten, von denen festgestellt worden sei, dass sie Opfer von Misshandlung gewesen seien, zu ihrer Sicherheit in andere Einheiten zu versetzen. Im Staatenbericht über die Umsetzung des Übereinkommens gegen Folter oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung habe die Regierung mehrere Schritte angeführt, die unternommen worden seien, um Folter und Schikanieren innerhalb der Armee zu bekämpfen, insbesondere 1) rechtlicher Aufklärungsunterricht („legal education“) in der Armee, 2) die Einrichtung der Militärpolizei, 3) die Zusammenarbeit („engaging“) mit NGOs, darunter auch Vereinigungen von Soldateneltern. Allerdings seien die Maßnahmen nicht ausreichend wirksam gewesen. Der rechtliche Aufklärungsunterricht in militärischen Einheiten sei größtenteils nicht effektiv, vor allem, weil sie in Form von Vorlesungen angeboten werde, die von Hunderten Soldaten gleichzeitig besucht würden, was keine Einbindung der Lernenden und die Verinnerlichung der Informationen fördere. 2006 hätten Militäreinheiten Elternkomitees eingerichtet. Diese seien jedoch nicht tätig gewesen, um Gewalt in der Armee zu verhindern, ihre Rolle sei darauf beschränkt, Gedenkveranstaltungen und Feiern zu besuchen oder, im besten Fall, die Militäreinheiten bei Bedürfnissen des Alltags zu unterstützen. Zum Zeitpunkt des Verfassens des Berichts seien nur in Einheiten, die dem Verteidigungsministerium untergeordnet seien, Elternkomitees gegründet worden, nicht aber in anderen Teilen der Streitkräfte, etwa der Nationalgarde, obwohl ein beträchtlicher Anteil ihres Personals Wehrdienstleistende seien.

Laut Berichten von offizieller Seite hätten Untersuchungen der Militärpolizei 2015 nur in 35 Fällen zu strafrechtlicher Verfolgung geführt. Allerdings sei 2015 über 2.788 Verbrechen in der Armee berichtet worden. Von diesen hätten 901 Verbrechen Straftatbestände unter Artikel 335 des Strafgesetzbuches (beispielsweise Schikanieren („hazing“)) betroffen. Diese Statistiken würden allerdings nicht Straftaten unter Artikel 286 des Strafgesetzbuches (Überschreitung von Amtsbefugnissen) berücksichtigen, obwohl die meisten Offiziere, die verdächtigt würden, gewalttätige Verbrechen gegenüber Untergebenen begangen zu haben, unter diesem Artikel strafrechtlich verfolgt würden. In diesem Bericht angeführte Beispiele würden belegen, dass in den meisten Fällen Folter unter Artikel 286 strafrechtlich verfolgt werde.

2009 habe das Verteidigungsministerium das Verbot der Nutzung von Mobiltelefonen in der Armee aufgehoben, was es Soldaten ermöglicht habe, Schikanieren („hazing“) und Folter direkt zu melden. Allerdings habe es in den letzten Jahren eine klare Tendenz gegeben, die Nutzung von Mobiltelefonen in der Armee einzuschränken. Das Verteidigungsministerium denke

darüber nach, die Nutzung in der Armee zu verbieten, was zu Problemen bei der Dokumentation von Beweisen für Folter führen könne.

Soldaten könnten das Gelände ihrer Einheit nur mit einer speziellen Erlaubnis verlassen, die vom Kommandanten der Einheit auf Basis einer Warteliste ausgestellt werde. Daher sei es für Soldaten extrem schwer, Rechtsverletzungen an Strafverfolgungsbehörden zu melden oder Zugang zu einem unabhängigen Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen zur Dokumentation von Spuren von Gewalt zu erhalten. Genauso sei es fast unmöglich, eine Zeugenaussage von Kameraden des Opfers zu sichern. Diese Situation mache es einfach, Beweise für Schikanieren und Folter zu verheimlichen.

Um Beweise für Folter zu verheimlichen, seien viele Opfer von Gewalt in psychiatrische Kliniken eingewiesen worden. Die Soldatenmütter von Sankt Petersburg hätten Fälle dokumentiert, in denen Opfer in die psychiatrischen Stationen von Militärkrankenhäusern eingewiesen worden seien. Die Kommandanten von Militäreinheiten würden Einweisungen in Krankenhäuser nutzen, um sicherzustellen, dass die Opfer isoliert seien und nicht in der Lage seien, das Verbrechen zu melden, sodass die Täter sich vielleicht der Verantwortung entziehen könnten. Zu derartigen Situationen könne es kommen, egal ob ein Verbrechen gemeldet worden sei und eine Untersuchung laufe, solange das Opfer in derselben Militäreinheit seinen Dienst verrichte, in der er Opfer von Gewalt geworden sei.

Dieses Problem sei durch die vor kurzem eingeführte Praxis, unabhängige NGOs aufzulösen, verschlimmert worden, indem man insbesondere das „Gesetz gegen „ausländische Agenten“⁸ durchsetze. Diese Praxis behindere einen konstruktiven Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Militärbehörden, die sich weigern würden, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die im Register „ausländischer Agenten“ stünden. Dies wiederum verhindere die rechtzeitige Dokumentation von Beweisen von Folter in Militäreinheiten. In einer Reihe von Fällen seien bei Meldungen von Misshandlungen Untersuchungen durchgeführt und die Täter zur Verantwortung gezogen worden. Sehr oft benötige es Zeit und Aufwand, um die Behörden dazu zu bringen, Strafverfahren zu eröffnen und die Täter anzuklagen. Obwohl derartige Straftaten strafrechtlich verfolgt werden müssten, egal ob die geschädigte Partei dies verlange oder nicht, würden die Behörden oft eine formale Anzeige eines Verbrechens abwarten, bevor Ermittlungen eingeleitet würden.

Die Soldatenmütter von Sankt Petersburg würden weiterhin Fälle dokumentieren, in denen zum Wehrdienst eingezogene Soldaten als unfreiwillige Arbeitskräfte für private Zwecke genutzt worden seien wie auch Fälle, in denen verbotene Bestrafungsarten angewendet worden seien. Laut der russischen Gesetzgebung müsste ein Berufssoldat nur aus der Armee ausgeschlossen werden, wenn sie 1) zu einer Haftstrafe verurteilt worden seien, 2) einer bedingten Haftstrafe für eine vorsätzlich begangene Straftat verurteilt worden seien oder 3) ihnen das Recht entzogen worden sei, für einen bestimmten Zeitraum eine militärische Position innezuhaben. Wenn ein Berufssoldat zu einer Geldstrafe verurteilt werde, erlaube ihm das russische Gesetz, weiterhin in der Armee zu dienen. Laut russischen Menschenrechtsaktivisten würden Berufssoldaten nach einer Verurteilung wegen Anwendung von Gewalt gegenüber

⁸ Das 2012 beschlossene Gesetz bestimmt, dass sich Nichtregierungsorganisationen, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren lassen müssen. (Deutschlandfunk, 29. März 2017)

Untergebenen in vielen Fällen weiterhin in der Armee dienen, wenn sie zu einer Geldstrafe verurteilt worden seien. (Public Verdict Foundation; Civic Assistance Committee; Memorial Human Rights Center et al, Juni 2018, S. 79-85)

In dem von RFE/RL im Mai 2019 veröffentlichten Artikel von Bulat Muchamedschanow, dem Koordinator der Menschenrechtsorganisation Zone des Rechts, gebe es im größten Land der Erde nur wenige Menschenrechtsorganisationen, die Opfern von Willkür in der Armee juristische Hilfe anbieten würden. Es gebe die Organisationen Zone des Rechts, Recht der Mutter, Bürger und Armee sowie die Soldatenmütter. Ein wirksamer Mechanismus einer gesellschaftlichen Kontrolle in den Truppenteilen sei nicht geschaffen worden. Im März 2019 habe Präsident Putin ein föderales Gesetz unterzeichnet, dem zufolge Soldaten während der Verrichtung ihres Dienstes nur Tastentelefone verwenden sollten (mit denen keine Fotos, Audio- und Videoaufnahmen gemacht werden könnten und die keinen Zugang zum Internet hätten). Das Ziel sei angeblich gewesen, das Durchsickern von Informationen bezüglich Stationierung und Bewegung der Truppen sowie das Informationspsychologische Einwirken auf Soldaten zu verhindern. Wie ein Soldat allerdings Fakten „regelwidriger Verhältnisse unter Armeeingehörigen“ festhalten solle, bleibe unbekannt. Man bekomme den Eindruck, dass es unter derartig geheimen Verhältnissen für die Armee leichter sei, sich bei den Verwandten der ums Leben gekommenen Soldaten freizukaufen, umso mehr, als sich die einmalige Zahlung für den Tod eines Soldaten derzeit auf 3,8 Millionen Rubel (ca 53.470 Euro mit Stand 24. Oktober 2019, Anm. ACCORD) belaufe. Die Gründe und Umstände, die zu der Verübung des Verbrechens geführt hätten, aufzuklären, also die Kommandanten zu fragen und zu bestrafen, wolle man im Verteidigungsministerium offenbar nicht. (RFE/RL, 13. Mai 2019)

Zeit Online, das Webangebot der deutschen Wochenzeitung Die Zeit, berichtet am 25. Oktober 2019 Folgendes:

„Ein russischer Wehrdienstleistender hat in einer Garnison in Südsibirien acht Soldaten erschossen. Das teilte das Verteidigungsministerium in Moskau der Agentur Interfax zufolge mit. Es gab demnach auch mindestens zwei Verletzte in dem Stützpunkt in der Region Transbaikalien. Der Schütze sei festgenommen worden.

Der junge Mann habe persönliche Probleme gehabt und einen Nervenzusammenbruch erlitten, bevor er auf seine Kameraden geschossen habe, hieß es. Gegen ihn werde wegen Mordes ermittelt. Der Militärstützpunkt liegt in der Stadt Gorny, die für die Öffentlichkeit gesperrt ist und nur mit spezieller Genehmigung betreten werden darf. Geleitet wird er von einer Abteilung des Verteidigungsministeriums, die für das russische Atomwaffenarsenal zuständig ist. Komitee warnt vor Mobbing in der Armee

Andrej Kuroschkin von der Organisation Komitee der Soldatenmütter erklärte, derartige Gewaltausbrüche in Kasernen und auf Militärstützpunkten seien im Allgemeinen die Folge von Misshandlungen und Verzweiflung. „Die Vorgesetzten verschließen die Augen vor Fällen von systematischem Mobbing“, sagte er. Die Opfer hätten keinerlei Möglichkeit, sich zu beschweren oder Hilfe zu holen, weil ihre Mobiltelefone eingezogen und alle Gespräche mit Verwandten überwacht würden.

Wenn Fälle von Misshandlung in der Armee doch einmal untersucht würden, ‚kommen Ermittler und befragen Soldaten, denen zuvor genau gesagt worden ist, was sie sagen sollen‘, erklärte Kuroschkin. Ein Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums wollte sich nicht äußern.“ (Zeit Online, 25. Oktober 2019)

Sergej Kriwenko, Direktor von Bürger und Armee, schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 7. Oktober 2019, dass in den Jahren 2008 bis 2012 in Russland eine Militärreform durchgeführt worden sei, die unter anderem Maßnahmen zur humaneren Gestaltung des Wehrdienstes beinhaltet habe. Es gebe zwar nach wie vor Probleme in der Armee, aber das Niveau der Gewaltverbrechen sei ziemlich stark gesunken. Die Militärpolizei führe vorbeugende Maßnahmen durch. Es gebe immer noch Gewaltverbrechen, aber in einer viel geringeren Anzahl. (Kriwenko, 7. Oktober 2019)

Die Organisation Soldatenmütter Sankt Petersburg schreibt in einer E-Mail-Auskunft vom 1. Oktober 2019, dass die effektivste Maßnahme die Verkürzung des Wehrdienstes auf ein Jahr gewesen sei. Dadurch sei die Gewalt unter Soldaten, die zu verschiedenen Zeiten einberufen worden seien, bedeutend weniger geworden. Die Anzahl der „klassischen“ Dedowschtschina-Fälle sei zurückgegangen. Derzeit würden Verbrechen gegenüber Wehrdienstleistenden in der Regel von Berufssoldaten verübt. Es gebe jedoch auch Rechtsakte, die die Situation mit der Gewalt in der Armee verschlechtern könnten. Insbesondere ein kürzlich verabschiedetes Gesetz über das Verbot technischer Mittel mit erweiterten Multimedia-Möglichkeiten schränke die Möglichkeiten, Verbrechen und Spuren von Verbrechen festzuhalten, bedeutend ein, da die erlaubten Mobiltelefone keine Kameras und Aufnahmefunktionen haben dürften. Nicht selten seien dank dieser Möglichkeiten Verfahren eingeleitet und Urteile gefällt worden. (Soldatenmütter Sankt Petersburg, 1. Oktober 2019)

Quellenverzeichnis

- Bürger und Armee: Справка О Нарушении Прав Призывников, Военнослужащих И Альтернативнослужащих По Результатам Мониторинга Обращений В Правозащитную Инициативу «Гражданин И Армия» * За Период С 01.01.2016 По 30.06.2016, 2016 [Auskunft über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten gemäß den Resultaten des Monitorings der Mitteilungen, die bei der Menschenrechtsorganisation „Bürger und Armee“ im Zeitraum 1.1.2016 bis 30.6.2016 eingegangen sind], 2016
<http://www.army-hr.ru/download/biblioteka/Monitoring-prizyva/201601spravka.doc>
- Bürger und Armee: Справка О Нарушении Прав Призывников, Военнослужащих И Альтернативнослужащих По Результатам Мониторинга Обращений За Период С 01.07.2016 По 31.12.2016 [Auskunft über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten gemäß den Resultaten des Monitorings der Mitteilungen für den Zeitraum 1.7.2016 bis 31.12.2016], 2017a
<http://www.army-hr.ru/download/biblioteka/Monitoring-prizyva/201602spravka.pdf>
- Bürger und Armee: Справка О Нарушении Прав Призывников, Военнослужащих И Альтернативнослужащих, Январь-Июнь 2017 [Auskunft über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten, Jänner-Juni 2017], 2017b
<http://www.army-hr.ru/download/biblioteka/Military-pravo/spravka201701.pdf>
- Bürger und Armee: Справка О Нарушении Прав Призывников, Военнослужащих И Альтернативнослужащих По Результатам Мониторинга Обращений За Июль-Декабрь 2017 [Auskunft über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten gemäß den Resultaten des Monitorings der Mitteilungen für den Zeitraum Juli-Dezember 2017], 2018
<http://www.army-hr.ru/download/biblioteka/Monitoring-prizyva/spravka17.doc>
- Bürger und Armee: Справка О Нарушении Прав Призывников, Военнослужащих И Альтернативнослужащих По Результатам Мониторинга Обращений В Правозащитную Инициативу «Гражданин И Армия» За Период С 01.01.2018 По 31.12.2018 [Auskunft über Verletzungen der Rechte von zum Wehrdienst Einberufenen, Soldaten und Personen, die den alternativen zivilen Dienst ableisten gemäß den Resultaten des Monitorings der Mitteilungen, die bei der Menschenrechtsorganisation „Bürger und Armee“ im Zeitraum 1.1.2018 bis 31.12.2018 eingegangen sind], 2019a
<https://realarmy.org/wp-content/uploads/2019/07/2018spravka-o-narushenijah-prav-prizyvnikov-vsl-i-agsnikov-za-2018-god.pdf>
- Bürger und Armee: Проблемы призыва на военную службу и прохождения военной службы с точки зрения правозащитников [Die Probleme der Einberufung zum Wehrdienst und des Absolvierens des Wehrdienstes aus der Sicht von Menschenrechtlern], 2019b
https://realarmy.org/wp-content/uploads/2019/07/doklad_problemy_prizyva_armii.pdf

- BVwG – Bundesverwaltungsgerichts: Entscheidungstext W182 2134760-1/22E, 18. Juni 2019
https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bvwg/BVWGT_20190618_W182_2153929_2_00/BVWGT_20190618_W182_2153929_2_00.html
- CAT – UN Committee Against Torture: Concluding observations on the sixth periodic report of the Russian Federation [CAT/C/RUS/CO/6], 28. August 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1449797/1930_1541771154_g1826171.pdf
- Caucasian Knot: Дагестан получил разнарядку Минобороны на 770 призывников [Degestan bekam vom Verteidigungsministerium eine Quote von 770 Einzuberufenden], 4. Oktober 2017
<https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/310521/>
- Consultant.ru: Федеральный закон от 28.03.1998 N 53-ФЗ "О воинской обязанности и военной службе" [Föderales Gesetz „Über die Wehrpflicht und den Wehrdienst“], 28. März 1998 (mit Änderungen und Ergänzungen, die bis einschließlich 1. September 2019 in Kraft getreten sind)
<http://www.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?from=334537-0&rnd=FE90924AC42F621BBC03EF69D3B95002&req=doc&base=LAW&n=323995&REFDOC=334537&REFBASE=LAW#ceyka0xZR40>
- Dagestanskaja Prawda: От Калининграда до Камчатки [Von Kaliningrad bis nach Kamtschatka], 4. Oktober 2017
<http://dagpravda.ru/obshestvo/ot-kaliningrada-do-kamchatki/>
- Dagestanskaja Prawda: Начался весенний призыв [Die Frühlingseinberufungskampagne hat begonnen], 4. April 2018
<http://dagpravda.ru/obshestvo/nachalsya-vesennij-prizyv/>
- Daucé, Françoise/Sieca-Kozlowski, Elisabeth: “Dedovshchina: from Military to Society”: Introduction, 2004 (veröffentlicht von PIPSS)
<https://journals.openedition.org/pipss/242>
- Dekoder: „Du leckst mir gleich mit der Zunge das Klo aus“, 15. Mai 2017
<https://www.dekoder.org/de/article/dedowschtschina-wehrdienst-militaer-misshandlungen>
- Deutschlandfunk: Isoliert und stigmatisiert, 29. März 2017
https://www.deutschlandfunk.de/russische-ngos-und-das-agenten-gesetz-isoliert-und.724.de.html?dram:article_id=382577
- EASO – European Asylum Support Office: Die Situation der Tschetschenen in Russland, August 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/2005386/2019_03_Chechens_in_Russia_final_DE.pdf
- Föderaler Dienst für staatliche Statistik: Возрастно-половая пирамида [Alters- und Geschlechtspyramide], ohne Datum
<https://gks.ru/vpp>
- Gannuschkina, Swetlana: E-Mail-Auskunft, 25. September 2019
- Gannuschkina, Swetlana: E-Mail-Auskunft, 1. Oktober 2019
- HRW - Human Rights Watch: The Wrongs of Passage: Inhuman and Degrading Treatment of New Recruits in the Russian Armed Forces, 20. Oktober 2004
https://www.hrw.org/reports/2004/russia1004/2.htm#_Toc84920946

- Iswestija: Сто штук до приказа: как делают бизнес на уклонистах от армии [100 Stück bis zum Befehl: Wie mit den Wehrdienstverweigerern Geschäfte gemacht werden], 29. April 2019
<https://iz.ru/871033/mariia-bukharova/sto-shtuk-do-prikaza-kak-delaiut-biznes-na-uklonistakh-ot-armii>
- Jamestown Foundation: 2018 Spring Draft Highlights Russia's Demographic Decline; Eurasia Daily Monitor Volume: 15 Issue: 54, 10. April 2018
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1429303.html>
- Kommersant: «Альтернативная гражданская служба может ударить по коррупции, но не подорвет призыв» [Der alternative zivile Dienst kann der Korruption ein Ende bereiten, aber nicht die Einberufung untergraben], 21. Juli 2019
<https://www.kommersant.ru/doc/4038930>
- Kriwenko, Sergej: E-Mail-Auskunft, 7. Oktober 2019
- Kusin, Sergej: Грозит ли призыв в армию? [Droht die Einberufung zur Armee?], 29. Oktober 2018
<http://pravfond.se/%d0%b3%d1%80%d0%be%d0%b7%d0%b8%d1%82-%d0%bb%d0%b8-%d0%bf%d1%80%d0%b8%d0%b7%d1%8b%d0%b2-%d0%b0%d1%80%d0%bc%d0%b8%d1%8e/>
- Kusin, Sergej: E-Mail-Antwort, 7. Oktober 2019
- Kusin, Sergej: E-Mail-Antwort, 10. Oktober 2019
- Machatschkalinskije Iswestija: Служить готовы [Bereit zu dienen], 5. Oktober 2018
http://www.midag.ru/news/society/sluzhit_gotovy-27032/?sphrase_id=10659
- МК – Moskowskij Komsomolez: Сергей Шойгу рассказал, как спасали Российскую армию [Sergej Schojgu erzählte, wie die russische Armee gerettet wurde], 22. September 2019
<https://www.mk.ru/politics/2019/09/22/sergey-shoygu-rasskazal-kak-spasali-rossiyskuyu-armiyu.html>
- Open Media: Зачем власти ужесточают правила призыва в армию [Warum die Machthaber die Regeln für die Einberufung zur Armee verschärfen], 31. Mai 2019
<https://openmedia.io/news/zachem-vlasti-uzhestochayut-pravila-prizyva-v-armiyu/>
- Pravda.ru: Is it safe to serve in the Russian Army?, 22. Februar 2018
http://www.pravdareport.com/society/140150-russian_army/
- Public Verdict Foundation; Civic Assistance Committee; Memorial Human Rights Center et al: Russian NGO Shadow Report on the Observance of the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment by the Russian Federation for the period from 2012 to 2018, Juni 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1439264/1930_1532605106_int-cat-css-rus-31612-e.pdf
- Regnum.ru: Из Дагестана в армию пойдёт только каждый 33-й призывник [Aus Dagestan geht nur jeder 33. Wehrpflichtige zur Armee], 6. Oktober 2016
<https://regnum.ru/news/2189525.html>
- Regnum.ru: Служить в армии — несбыточная мечта для тысяч парней из Дагестана и Чечни [In der Armee dienen – ein nicht erfüllbarer Wunsch für Tausende junge Burschen aus Dagestan und Tschetschenien], 3. April 2018
<https://regnum.ru/news/polit/2399461.html>

- RFE/RL – Radio Free Europe/Radio Liberty: Russian Activists Say Suspicious Military Deaths Often Tied To Extortion Schemes, 17. März 2017
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1397375.html>
- RFE/RL – Radio Free Europe/Radio Liberty: Суициды в российской армии. Как власти скрывают правду [Selbstmorde in der russischen Armee. Wie die Machthaber die Wahrheit verheimlichen], 13. Mai 2019
<https://www.svoboda.org/a/29937190.html>
- RG - Rossijskaja gaseta: Указ Президента Российской Федерации от 31 марта 2016 г. N 139 "О призыве в апреле - июле 2016 г. граждан Российской Федерации на военную службу и об увольнении с военной службы граждан, проходящих военную службу по призыву [Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 31. März 2016 Nr. 139 „Über die Einberufung im April-Juli 2016 von Staatsbürgern der Russischen Föderation zum Wehrdienst und über die Entlassung aus dem Wehrdienst der Staatsbürger, die den Wehrdienst absolviert haben], 31. März 2016
<https://rg.ru/2016/03/31/slujba-site-dok.html>
- RG - Rossijskaja gaseta: Указ Президента Российской Федерации от 29 сентября 2016 г. N 503 "О призыве в октябре - декабре 2016 г. граждан Российской Федерации на военную службу и об увольнении с военной службы граждан, проходящих военную службу по призыву" [Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 29. September 2016 Nr. 503 „Über die Einberufung im Oktober-Dezember 2016 von Staatsbürgern der Russischen Föderation zum Wehrdienst und über die Entlassung aus dem Wehrdienst der Staatsbürger, die den Wehrdienst absolviert haben], 3. Oktober 2016
<https://rg.ru/2016/10/03/prizyv-dok.html>
- RG - Rossijskaja gaseta: Указ Президента Российской Федерации от 30 марта 2017 года №135 "О призыве в апреле - июле 2017 г. граждан Российской Федерации на военную службу и об увольнении с военной службы граждан, проходящих военную службу по призыву" [Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 30. März 2017 Nr. 135 „Über die Einberufung im April-Juli 2017 von Staatsbürgern der Russischen Föderation zum Wehrdienst und über die Entlassung aus dem Wehrdienst der Staatsbürger, die den Wehrdienst absolviert haben], 31. März 2017
<https://rg.ru/2017/03/30/prezident-ukaz135-site-dok.html>
- RG - Rossijskaja gaseta: Указ Президента Российской Федерации от 27 сентября 2017 г. N 445 "О призыве в октябре - декабре 2017 г. граждан Российской Федерации на военную службу и об увольнении с военной службы граждан, проходящих военную службу по призыву" [Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 27. September 2017 Nr. 445 „Über die Einberufung im Oktober-Dezember 2017 von Staatsbürgern der Russischen Föderation zum Wehrdienst und über die Entlassung aus dem Wehrdienst der Staatsbürger, die den Wehrdienst absolviert haben], 29. September 2017
<https://rg.ru/2017/09/29/priziv-dok.html>
- RG - Rossijskaja gaseta: Указ Президента Российской Федерации от 30 марта 2018 года № 129 "О призыве в апреле - июле 2018 г. граждан Российской Федерации на военную службу и об увольнении с военной службы граждан, проходящих военную службу по призыву" [Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 30. März 2018 Nr. 129 „Über die Einberufung im April-Juli 2018 von Staatsbürgern der Russischen Föderation zum

Wehrdienst und über die Entlassung aus dem Wehrdienst der Staatsbürger, die den Wehrdienst absolviert haben], 2. April 2018

<https://rg.ru/2018/03/30/prezident-ukaz129-site-dok.html>

- RG - Rossijskaja gaseta: Указ Президента Российской Федерации от 28 сентября 2018 года № 552 "О призыве в октябре - декабре 2018 г. граждан Российской Федерации на военную службу и об увольнении с военной службы граждан, проходящих военную службу по призыву" [Erllass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 28. September 2018 Nr. 552 „Über die Einberufung im Oktober-Dezember 2018 von Staatsbürgern der Russischen Föderation zum Wehrdienst und über die Entlassung aus dem Wehrdienst der Staatsbürger, die den Wehrdienst absolviert haben], 28. September 2018
<https://rg.ru/2018/09/28/prezident-ukaz552-site-dok.html>
- RG - Rossijskaja gaseta: В отличной форме [In ausgezeichnete Verfassung], 10. Oktober 2018
<https://rg.ru/2018/10/10/kak-prohodit-osennij-prizyv-v-armiiu-v-2018-godu.html>
- Soldatenmütter Sankt Petersburg: E-Mail-Auskunft, 1. Oktober 2019
- Swesda Weekly: Главный военный прокурор Валерий Петров: «Главный итог нашей деятельности - надёжная боеготовность войск, обороноспособность и безопасность страны» [Hauptmilitärstaatsanwalt Walerij Petrow: Das Hauptergebnis unserer Tätigkeit – eine zuverlässige Einsatzbereitschaft des Militärs, die Verteidigungsbereitschaft und Sicherheit des Landes], 24. September 2019
<https://zvezdaweekly.ru/news/t/2019916144-uDAnA.html>
- Swobodnaja Respublika: В Дагестане начался весенний призыв в армию [In Dagestan hat die Frühlingseinberufungskampagne begonnen], 5. April 2016
<http://www.respublic.net/2016/04/05/%D0%B2-%D0%B4%D0%B0%D0%B3%D0%B5%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD%D0%B5-%D0%BD%D0%B0%D1%87%D0%B0%D0%BB%D1%81%D1%8F-%D0%B2%D0%B5%D1%81%D0%B5%D0%BD%D0%BD%D0%B8%D0%B9-%D0%BF%D1%80%D0%B8%D0%B7%D1%8B%D0%B2-%D0%B2/>
- TASS: Призыв в Вооруженные силы РФ [Einberufung zur Russischen Armee], 2. April 2018
<https://tass.ru/infographics/8411>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2018 - Russia, 13. März 2019
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2004290.html>
- Zeit Online: Soldat tötet auf russischem Militärstützpunkt acht Menschen, 25. Oktober 2019
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-10/sibirien-militaerbasis-soldat-nervenzusammenbruch-tote-russland>
- Znak: Победные реляции и реальность [Siegessichere Meldungen und die Realität], 23. September 2019
https://www.znak.com/2019-09-23/sem_spornyh_zayavleniy_sergeya_shoygu_v_intervyu_mk_faktcheking